

CHINA ZU BEGINN DER 90er JAHRE

Oskar Weggel

Konstruktive Außenpolitik als Bußeleistung

Beijings Beitrag zur Entspannung in den internationalen Beziehungen

Vorspann

China zu Beginn der 90er Jahre

Drei Jahre nach der Niederschlagung der Studentendemonstrationen und wenige Monate nach Beendigung der dreijährigen Sanierungsperiode für die chinesische Wirtschaft bringt *CHINA aktuell* eine Serie von Beiträgen, in der - aus der Vogelperspektive - ein Überblick zur derzeitigen Lage der VR China geboten werden soll.

Die Serie beginnt mit einer Lagebeurteilung der chinesischen Außenpolitik.

Gliederung:

- 1 **Kontinuität der reformerischen Außenpolitik**
 - 1.1 "Stabile" Außenpolitik - im doppelten Sinne des Wortes
 - 1.2 Erinnerungsposten: Die "revolutionäre Außenpolitik" zu Mao Zedongs Zeiten
 - 1.3 Heutzutage: "Keine Experimente", sondern "Stabilität und Entwicklung"
 - 1.3.1 Die neuen Ziele: "Wending - wending"
 - 1.3.2 Verzicht auf "Rechte und Linke Strategien"
 - 1.3.3 Regierungs- statt Volksdiplomatie
 - 1.3.4 Abschied von KP/KP-Diplomatie
 - 1.3.5 Neue Interessenschwerpunkte
 - 1.3.6 Zusammenfassung:
- Die neuen Prioritäten

2

Die fünf großen Innovationen im internationalen System zu Beginn der 90er Jahre

- 2.1 Demokratisierung
- 2.2 Ökonomisierung
 - 2.2.1 Binnenwirtschaftliche Änderungen
 - 2.2.2 Außenwirtschaftliche Neuerungen
 - 2.2.3 Die Zukunft
 - 2.2.3.1 "Sechs Tendenzen in der Außenwirtschaft"
 - 2.2.3.2 "Fünf Bausteine zur Politik der offenen Tür"
 - 2.3 Regionalisierung
 - 2.4 Multipolarisierung (statt "Drei-Welten-Theorie")
 - 2.5 Stabilisierung und "friedliche Koexistenz"
- 3 **Selbstbewußtsein - und Verunsicherung**
- 4 **Außenpolitik in Aktion: Beijings Verhalten seit dem 4. Juni 1989**
 - 4.1 USA
 - 4.2 Sowjetunion, GUS und Osteuropa
 - 4.2.1 Ambivalente Empfindungen in Beijing

4.2.2

- Offizielle Reaktionen Beijings: Geschäftsmäßigkeit
 - 4.2.2.1 Aufnahme von Beziehungen zu den GUS-Staaten
 - 4.2.2.2 Osteuropa
 - 4.2.2.3 Die Auflösung des Warschauer Pakts
 - 4.3 Westeuropa
 - 4.4 Asien - der inzwischen friedlichste aller Kontinente
 - 4.4.1 Abbau der alten Ost-West-Konflikte
 - 4.4.2 Japan
 - 4.4.3 Korea
 - 4.4.4 Hongkong und Taiwan
 - 4.4.5 Südostasien
 - 4.4.5.1 Einst...
 - 4.4.5.2 ...und jetzt
 - 4.4.5.2.1 ASEAN
 - 4.4.5.2.2 Indochina
 - 4.4.5.2.3 Hoffnungen und Sorgen
 - 4.4.6 Südasien
 - 4.4.7 Der Stellenwert des APR in der Außenpolitik Beijings
 - 4.4.7.1 Wirtschaftliche Interessen und APEC-Mitgliedschaft
 - 4.4.7.2 Zusammenarbeit auch mit den Inselstaaten
 - 4.5 Dritte Welt
 - 4.5.1 Wachsende Bedeutung aus chinesische Sicht
 - 4.5.2 Nahost
 - 4.5.3 Afrika
 - 4.5.4 Lateinamerika

5

Schlußfolgerung

1 Kontinuität der reformerischen Außenpolitik

Noch nie seit 1949 hat sich die VR China außenpolitisch nach allen Seiten hin so kooperativ und konstruktiv verhalten wie seit Beginn jener schmerzhaften Isolation, die sie im Gefolge des Massakers vom Juni 1989 erleiden mußte. Als wollten Partei und Regierung "alles" wieder gutmachen und ihr Gesicht wiederherstellen, haben sie seither bilaterale Dauerkonflikte entschärft (z.B. mit Vietnam und Indien), in der UNO "ideologiefrei" mitgearbeitet (Golfkrieg, Kambodscha) und überhaupt Stabilität zu ihrem Hauptanliegen erklärt.

Dabei ist diese Politik nicht einmal neu, sondern lediglich eine gegenüber der Praxis vor 1989 konsequentere Fortführung jener Ansätze, wie sie im Zuge der Reformen seit 1979 begonnen worden war.

1.1 "Stabile" Außenpolitik - im doppelten Sinne des Wortes

Seit der Niederschlagung der Studentendemonstrationen im Sommer 1989 hat sich die Politik Beijings zwar in vielerlei Hinsicht verändert, sei es nun, daß die Innenpolitik Erstarren der politischen Reformen und Reideologisierung oder daß die Wirtschaftspolitik intensive Rezentralisierungsbemühungen erkennen läßt: Im Bereich der Außenpolitik jedoch hat sich gegenüber dem Kurs, wie er "vor Tiananmen" gesteuert worden war, kaum etwas geändert, zumindest nicht soweit es auf die chinesische Führung ankommt.

Nach dem 4. Juni war die Führung in Beijing in der Tat auch nicht müde geworden, immer wieder zu verkünden, daß es in der chinesischen Außenpolitik keine Änderungen gebe.¹

Wenn das Aktionsfeld der Außenpolitik Beijings gleichwohl noch erheblich eingeschränkt ist, so hängt dies mit den westlichen Sanktionen zusammen, die im Anschluß an das Massaker gegen die bis dahin so ungemein freundlich behandelte Volksrepublik verhängt wurden.

Nach drei Jahren "Sanierung", wie sie vor allem in der Wirtschaft stattgefunden hat, beginnt Beijing jetzt aber wieder langsam Anschluß zu finden und aus seiner Isolation auszubrechen.

Die reformerische Außenpolitik ist aber nicht nur nach innen stabil geblieben, sondern auch nach außen hin höchst stabilitätsbedacht: Erstaunt kann die westliche Welt zur Kenntnis nehmen, daß das seit Juni 1989 so heftig verabscheute China eine durchaus "vernünftige", d.h. konstruktiv und friedensfördernde Politik betreibt, die unendlich weit von dem entfernt ist, was noch zu Lebzeiten Maos an der Tagesordnung gewesen war.

1.2 Erinnerungsposten: Die "revolutionäre Außenpolitik" zu Mao Zedongs Zeiten

Zur Erinnerung: "Revolutionäre Außenpolitik", wie sie sich lange Zeit präsentierte und während der zehnjährigen Kulturrevolution bis zu ihren letzten Konsequenzen entfaltet hatte, bestand aus folgenden Elementen:

- Zielsetzungen: Lange Zeit glaubte die VR China, gemeinsam mit anderen "sozialistischen" Staaten eine neue Weltordnung schaffen zu können, die frei sein sollte von "Imperialismus" und in deren Rahmenwerk immer mehr von sozialistisch organisierten Gesellschaften ausgefüllt würde, bis eines Tages die Voraussetzungen für eine kommunistische Weltinnenpolitik gegeben wären.

Diese utopische Zielsetzung erhielt freilich einen Dämpfer, nachdem es seit Beginn der 60er Jahre zu immer heftigeren Auseinandersetzungen zwischen China und der Sowjetunion - und damit zu einem Schisma in der weltweiten Revolutionsbewegung gekommen war. Gleichzeitig hatte sich China intensiver mit seiner asiatischen Umwelt auseinandersetzen, so daß neben die revolutionären mittlerweile gleichberechtigt sog. "antihegemonistische" und nationale Zielsetzungen traten.

- Mittel und Strategien: Um ihre revolutionären Ziele durchzusetzen, bediente sich Beijing lange Zeit Linker und Rechter Strategien, die sich aus der jahrzehntelangen Praxis der chinesischen Kommunisten gegenüber den Guomindang-Kräften entfaltet hatten und die nun im Wege der Analogisierung auf die Außenpolitik transponiert wurden. Die Linke Strategie verkörperte sich in dem bekannten Ausspruch Maos und Lin Biaos, daß die "Weltstädte" (d.h. die kapitalistischen

Staaten) von den "Weltdörfern" (d.h. von den Ländern der Dritten Welt sowie vom sozialistischen Lager) her einzukreisen und letztlich nicht nur militärisch, sondern auch gesellschaftspolitisch auszuschalten seien. Ganz in diesem Sinne forderte die chinesische Führung vor allem in den 60er Jahren Befreiungsbewegungen in aller Welt zum Aufbau von Stützpunktgebieten, Volksarmeen sowie zum Volkskrieg auf und leistete zu diesem Zweck auch Waffen-, Kommunikations- und Ausbildungshilfe (man denke an die Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau, Angola, Mozambique, an die Naxaliten-Bewegung in Indien sowie an die Kämpfe der kommunistischen Parteien in Thailand, Birma (Myanmar), Malaya, Indonesien und auf den Philippinen).

Die Rechte Strategie andererseits zielte darauf ab, die "Freunde", d.h. alle potentiellen Mitstreiter für die Sache der Revolution, "maximal zu vereinen" und gleichzeitig die "Feinde maximal zu isolieren". Einzelheiten sind vom Autor an anderer Stelle beschrieben worden.²

- Aktionsebene: Ansprechpartner der chinesischen Außenpolitik waren lange Zeit gesellschaftliche Klassen und Befreiungsbewegungen (man denke etwa an die Kommunistische Partei Thailands oder Malayas), während gleichzeitig die legalen Regierungen dieser Länder von China bekämpft oder aber zumindest boykottiert wurden. Chinesische Außenpolitik spielte sich auf drei Ebenen (zwischen kommunistischen Parteien, von "Volk zu Volk" und - als Ausnahme - auch von Regierung zu Regierung ab.³

- Interessenschwerpunkt: In den Jahren unmittelbar nach 1949 ordnete sich die Volksrepublik ganz in das Geflecht der globalen Ost-West-Auseinandersetzungen ein und spielte, an der Seite der "brüderlichen" Sowjetunion, sämtliche Varianten des Kampfes gegen den "Imperialismus" durch, sei es nun im Bereich der Allianzpolitik, der Propaganda oder der unmittelbaren militärischen Auseinandersetzungen - man denke an die chinesischen "Volksfreiwilligen" im Koreakrieg!

Nach Beginn des Konflikts mit der Sowjetunion ordnete sich China immer mehr auf der Nord-Süd-Achse ein und unterstützte die Befreiungsbewegun-

gen der Dritten Welt nicht nur im Kampf gegen den "Imperialismus", sondern auch gegen den Moskauer "Sozialimperialismus"!

1.3

Heutzutage: "Keine Experimente", sondern "Stabilität und Entwicklung"

Mit dem Ende des maoistischen Zeitalters, das gleichzeitig auch den Beginn der Reformen (1979 ff.) markierte, begann sich der außenpolitische Kurs Beijings grundlegend zu ändern. Es war vor allem die "Verlagerung des Arbeitsschwerpunkts der KPCh vom Klassenkampf auf den Kurs der Modernisierung", die dem Land nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch einen völlig neuen Anstrich gab und in deren praktischem Vollzug die Dinge - aus westlicher Sicht - vom Kopf auf die Füße gestellt wurden.

Was sich hier vor allem veränderte, wird besonders deutlich, wenn man die oben angeführten vier Parameter auf die von den Reformen betriebenen Neuerungen hin untersucht. Man kann dann feststellen, daß sich der Kurs in der Tat um beinahe 180° veränderte:

1.3.1

Die neuen Ziele: "Wending - wending"

Zwar blieben eine Reihe von "revolutionären" Forderungen und Aktionen nach wie vor an der Tagesordnung, so z.B. das Verlangen nach einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung", deren Verwirklichung von China auch jetzt noch als "revolutionäres" Geschehen verstanden wurde; außerdem unterstützte China in einigen wenigen Regionen, so z.B. im zentralen vietnamesischen Hochland, in Kambodscha und Laos, nach wie vor antivietnamesische Widerstandsbewegungen.

Im übrigen jedoch wurden die "revolutionären" Zielsetzungen aufgegeben. Sie traten zurück und machten vier anderen Zielsetzungen Platz, und zwar in der Reihenfolge Modernisierung - Wiedervereinigung und Grenzsicherung (also nationale Zielsetzungen!) - Autoritätsgewinn gegenüber Nachbarstaaten (China als wiedererstandenes "Reich der Mitte") und - Antihegemonismus.⁴

Mit dem bis dahin so streng tabuisierten - und im innerfraktionellen Machtkampf umkämpften - Ziel der "Modernisierung" hatte sich China auf den Weg nach Westen gemacht; denn es

war schon zu Beginn der 80er Jahre klar, daß Modernisierung nur mit den europäischen Industrieländern und mit den USA, nicht jedoch mit der maroden Sowjetunion zu erreichen war, mit der es ja überdies auch noch politische Konflikte gab - man denke an den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan 1979, an die sowjetische Unterstützung Vietnams gegen China und an die militärischen Spannungen zwischen den beiden Nachbarstaaten in Zentralasien.

Noch für Mao Zedong war Unruhe und Chaos das Normale und Ordnung lediglich ein mehr oder weniger kurzes Zwischenstadium. Ganz anders für seine reformerischen Nachfolger. "Wending, wending" - "Stabilität, Stabilität" - dies ist ihr Motto, zumal nach den Tiananmen-Vorfällen, die in der gerontokratischen Spitzenführung eine panische Angst vor Veränderungen hat aufkommen lassen. Ob man China liebt oder nicht, muß man doch zugeben, daß es zu einem der Hauptstabilisatoren des Status quo in Asien geworden ist. "Nur keine Experimente und keine Veränderungen" - dies etwa ist das unausgesprochene Motto, das über der Außenpolitik Beijings steht und das seit dem 4. Juni 1989 sogar verstärkt betont wird! "Revolutionsexport" ist längst ein Fremdwort geworden und China hat die Ballonmütze durch die Mandarinenkappe ersetzt. Stabilität war im übrigen auch eine normale traditionelle Kategorie!

1.3.2

Verzicht auf "Rechte und Linke Strategien"

Längst auch gehören Linke und Rechte Strategien der Vergangenheit an. Psychologisch scheinen sie 10.000 Jahre zurückzuliegen. Was die Linke Strategie anbelangt, so wurde sie sogar schon zu Beginn der 70er Jahre, d.h. also noch während der Kulturrevolution, stillschweigend aufgegeben. Dies zeigte sich u.a. darin, daß China die Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique oder aber in seinem eigenen Vorfeld, d.h. in Thailand, Myanmar, Malaysia und auf den Philippinen, "wie eine heiße Kartoffel" fallenließ. Gleichzeitig nahm Beijing 1974 mit Malaysia, 1975 mit Thailand und den Philippinen diplomatische Beziehungen auf. Die KP Thailands wurde 1979, d.h. im Anschluß an den Einmarsch Vietnams nach Kambodscha, aufgelöst, künftig nicht mehr gegen die

Regierung in Bangkok zu kämpfen (die ja von jetzt an eine Verbündete Beijings war!), sondern sich vielmehr - Seite an Seite mit ihr - gegen die neue Hauptgefahr im indochinesischen Bereich, nämlich den vietnamesischen "Regionalhegemonismus" zu wenden. Die KPTh konnte diesen Kurswechsel nicht verkraften und zerbrach in nicht weniger als gleich drei Teile; u.a. entstand dabei die provietnamesische Phak Mai (wörtl.: "Neue Partei"). Ähnliche tragische Vorgänge vollzogen sich bei der KP Malayas und der KP der Philippinen.

Aber auch mit der Rechten Strategie war jetzt kein Staat mehr zu machen. Ihre uneingeschränkte Verwendung kann sie ja nur zur Durchsetzung revolutionärer Ziele finden, während sie - auf befreundete Staaten oder Nachbarn angewandt - dort sogleich Mißtrauen hervorriefe und das Gegenteil dessen bewirkte, was die reformerische chinesische Führung anstrebt, nämlich Stabilität und Vertrauen.

1.3.3

Regierungs- statt Volksdiplomatie

Im Gegensatz zu früher wendet sich China seit 1979 kaum noch an Klassen oder Befreiungsbewegungen, sondern, wie es sich nach westlichem Völkerrecht "gehört", an die etablierten Regierungen. Selbst eine Bewegung wie die PLO wird nicht mehr als Befreiungsbewegung, sondern als Regierung angesprochen.

Die "Volksdiplomatie" gehört im neuen Kontext zwar keineswegs zum alten Eisen; doch spielen sich Entwicklungshilfe, Patenschaften (zwischen Städten und Provinzen), Tischtennis-, Sport- und Kulturaustausch nur noch in strikt legalen Bahnen ab. Vergessen sind die Zeiten, da Volksdiplomatie als subversives Mittel eingesetzt wurde. Gesprächspartner sind Regierungen aller Couleur, ob sie sich nun "revolutionär", "reaktionär" oder aber "schlicht normal" geben. Noch zu Maos Zeiten wäre ein solches undifferenziertes Vorgehen als schlichtweg "revisionistisch" verurteilt worden!

1.3.4

Abschied von KP/KP-Diplomatie

Nur noch selten beeinflussen "brüderliche" Überlegungen außenpolitische Schachzüge der VR China, so z.B. im Falle der chinesischen Jugoslawien-Politik. Beijing nahm hier nach einigem

Zögern deutlich zugunsten Serbiens Stellung - ob aus gesamtjugoslawischen oder aber aus "kommunistischen" Erwägungen wurde zwar nicht klar herausgestellt, doch scheinen die ideologischen Anteile dabei die überwiegende Rolle gespielt zu haben.⁵

Im übrigen aber bieten sich nach dem Zusammenbruch Osteuropas und der Sowjetunion für KP/KP-Beziehungen nur noch wenige Ansatzflächen.

Noch im Februar 1991 hatte Deng Xiaoping in einer Rede darauf hingewiesen, daß die VR China ein Fünf-Mächte-Bündnis anstreben solle, das China, die UdSSR, Nordkorea, die Mongolei und Vietnam umfassen und bei dem ein "freundliches sino-sowjetisches Verhältnis im Mittelpunkt" stehen solle.⁶ Noch im Mai 1991, als KPCh-Generalsekretär Jiang Zemin der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abstattete,⁷ schien dieser Plan durchaus realisierbar zu sein. Auch die Beziehungen zwischen den beiden kommunistischen Parteien schienen einem neuen Höhepunkt entgegenzusteuern. Viel war bei dem Besuch von "Sozialismus" die Rede, auch wenn das beiderseitige Verhältnis nicht mehr das "Niveau der 50er Jahre" erreichen könne. Zu ihrem 70. Jahrestag (am 21. Juli 1991) wollte die KPCh noch all die anderen "brüderlichen Parteien" einladen. Die Welt werde dann ja sehen, so Deng Xiaoping, wieviel "kleine rote Katzen" - 3, 5 oder mehr - dann noch in der internationalen Arena vorhanden seien.⁸ Doch dann kam es zu wachsenden Unruhen in der UdSSR und, am 20. August, zum Putsch reformfeindlicher Kräfte, der in China neue Hoffnungen aufkommen ließ. Als der Aufstand am 23. August 1991 wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach, verschlug es der chinesischen Propaganda, die bis dahin alle Ereignisse in Moskau eifrig kommentiert hatte, buchstäblich die Sprache.⁹ Mit finsterem Schweigen nahm Beijing auch die Nachricht entgegen, daß der russische Präsident Jelzin im Anschluß an den Putsch die Kommunistische Partei in Rußland verboten habe.

Auch in den übrigen zehn Staaten, die nach der Aufspaltung der UdSSR Ende 1991 das Licht der Welt erblickten, war von der KPdSU-Hinterlassenschaft kaum etwas übriggeblieben, woran die KPCh hätte anknüpfen könnten.

Zum Ausgleich betrieb Beijing um so eifriger die "Normalisierung" mit dem 10 Jahre lang befeindeten Vietnam und dessen Kommunistischer Partei. Kein Geringerer als der Generalsekretär der KPV, Do Muoi, kam im Dezember 1991 zu Besuch nach Beijing.¹⁰

Mit den Kommunistischen Parteien von Laos und Kambodscha dagegen gab es, ebenso wie bei den Nachfolgestaaten der UdSSR, kaum noch Anknüpfungsmöglichkeiten. Laos hatte sich im August 1991 eine neue Staatsverfassung gegeben, in der das Wort "Sozialismus" an keiner Stelle mehr auftauchte, obwohl andererseits die LRVP, also die laotische KP, nach wie vor die Führung beanspruchte. Mit einer "Kommunistischen Partei" aber, die nicht einmal noch Wort "Sozialismus" zu benutzen wagte, war für die KPCh kein Staat mehr zu machen!

Was andererseits Kambodscha anbelangt, so verbietet sich für die KPCh eine Verbindung mit der Führungspartei in Phnom Penh, die den Chinesen ja nicht nur seit 1979 feindlich gegenübersteht, sondern die in der Zwischenzeit ebenfalls dem Sozialismus abgeschworen hat; andererseits erwies es sich als wenig opportun, die Parteibeziehungen zur Khmer-Rouge-KP in die Welt hinauszuposaunen, also zu einer Gruppierung, die mit dem Makel des Völkermords behaftet ist!

Beziehungen zur Mongolischen Arbeiter-Partei haben inzwischen ebenfalls ihre Basis verloren, da die mongolische KP angesichts der Reformen in dem zentralasiatischen Staat an den Rand der Ereignisse geraten ist.

Verbleiben - abgesehen von Vietnam - weltweit nur noch zwei "Verbündete im Geiste des Sozialismus", nämlich Nordkorea und Kuba.

- In Nordkorea ist die Welt aus Beijinger Sicht noch heil und in Ordnung. Dies wurde nicht zuletzt beim Besuch Kim Ilsons in Beijing vom 3. bis 15. Oktober 1991 deutlich. Beide Seiten kamen damals überein, gemeinsam "auf den weiteren Sieg des Sozialismus" hinzuwirken. Ferner applaudiert China dem innerkoreanischen Annäherungsprozeß, der von Beijing schon in den vorausgegangenen Jahren nachdrücklich empfohlen worden war.¹¹

- Auch Kuba wünscht engere Beziehungen zu China. Die "neue Herzlichkeit", die sich beim Besuch des kubani-

schen Vizepräsidenten Rodriguez Anfang Juli 1991 in Beijing zeigte, stand im Kontrast zu dem kühlen Verhältnis, das zwischen der Volksrepublik und der Karibikinsel jahrelang geherrscht hatte. Kuba hatte aus chinesischer Sicht seit Mitte der 60er Jahre bekanntlich als enger Verbündeter der Sowjetunion gegolten, die damals ja in der chinesischen Perzeption zum Feind Nr.1 aufgerückt war.¹² All dies sollte jetzt der Vergangenheit angehören. Neben Vietnam und Nordkorea war Kuba die einzige Insel des "Sozialismus" geblieben, zu der China noch Sonderbeziehungen aufnehmen konnte.

Das Feld für die Parteidiplomatie ist also eng geworden!

1.3.5

Neue Interessenschwerpunkte

Hatte sich die Volksrepublik in den frühen 50er Jahren noch ganz in die Ost-West- und, nach 1960, in die Nord-Süd-Achse eingeordnet, so wurde nach 1979 das Verhältnis zu den hochindustrialisierten Staaten immer wichtiger. Das offizielle Beijing verwies zwar gerne auf sein Interesse an den Nord-Süd- sowie, neuerdings, an den "Süd-Süd"-Beziehungen, der Hauptakzent rückte jedoch immer stärker in "West-Süd"-Richtung. Die Reformer interessierten sich m.a.W. hauptsächlich für die Frage, wie die chinesische Wirtschaft maximal von der Zusammenarbeit mit den westlichen Industriestaaten profitieren könnte, damit der "Große Plan", nämlich den Bruttoproduktionswert zwischen 1980 und 2000 zu vervierfachen, auch wirklich in Erfüllung gehen könnte.

Allerdings dürfe die Dritte Welt (also die Nord/Süd- und die Süd/Süd-Achse) keineswegs vernachlässigt werden, da den Entwicklungsländern aus Beijinger Sicht im internationalen System eine wachsende Rolle zukomme:

Erstens schaffe die weltweite Entspannung Voraussetzungen für den Wirtschaftsaufbau in diesen Ländern. Hauptgrund für die zahlreichen wirtschaftsschädlichen Konflikte und Kriege in der Dritten Welt sei bisher ja noch allemal die Rivalität der beiden Supermächte gewesen, von denen eine jetzt endgültig zerfallen sei.

Zweitens könnten zahlreiche universale Probleme wie die Bevölkerungsexplosion, die Umweltschädigung, der

Drogenhandel, der internationale Terrorismus und die Frage nach einer Verhinderung der Kernwaffenverbreitung ohne Mitwirkung der Dritten Welt nicht mehr gelöst werden. Auch als Abnehmer von Industrieprodukten könne niemand mehr auf die Bevölkerungen der Dritten Welt verzichten.

Drittens verschärfen sich die Widersprüche zwischen den drei Wirtschaftsböcken USA, Japan und Europa - mit der Folge, daß die Entwicklungsländer mehr Spielraum für ihre eigene Entfaltung gewinnen.

Viertens werde die UNO, wie erst die Jugoslawien-Krise wieder gezeigt habe, für die Regelung internationaler Angelegenheiten immer wichtiger; in der Weltgemeinschaft aber nähmen Länder der Dritten Welt nicht weniger als 130 von insgesamt 166 Sitzen ein.¹³

1.3.6

Zusammenfassung: Die neuen Prioritäten

Diese vierfache Akzentverschiebung hatte sich im Zehn-Jahres-Zeitraum zwischen 1979 und 1989 längst vollzogen, als es zu jenen Ereignissen vom 4. Juni 1989 kam, die der VR China einen völlig neuen Stellenwert zu geben schienen: Es sei hier das Wort *schienen* betont; denn in Wirklichkeit hat sich auf dem Gebiet der Außenpolitik, wie bereits betont, nichts Wesentliches geändert. Wenn China nur könnte, so würde es den Status quo ante in jedem Detail wiederherstellen. Einziges Hindernis sind hier - aus chinesischer Sicht - verschiedene westliche Staaten, die nach dem Massaker zögern, nochmal ähnlich naiv-optimistisch in Richtung China zu blicken, wie sie es zwischen 1979 und 1989 so gern getan haben.

Was die außenpolitischen Absichten Beijings anbelangt, so sind sie auch zu Beginn der 90er Jahre folgendermaßen zu charakterisieren: (1) Oberstes Ziel ist Stabilität, während der Begriff "Revolution" im außenpolitischen Bereich als Erblast empfunden wird. Ihrer Wichtigkeit nach folgen dann Modernisierung, Wiedervereinigung und Grenzsicherung, "Autoritätsgewinn" gegenüber der asiatischen Umwelt und Antihegemonismus, wobei China sich, was den letzteren Punkt anbelangt, schwertun dürfte, im asiatisch-pazifischen Umfeld noch hegemonistische Bestrebungen auszumachen! (2) Mittel: Verzicht auf Linke und Rechte

Strategien im herkömmlichen Sinn und Vorgehen nach den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. (3) Aktionsebene: Regierungskontakte mit flankierender "Volksdiplomatie"; allerdings hat China mit seiner früheren Politik, zu möglichst vielen Städten und Regionen Patenschaftsbeziehungen aufzubauen, seit dem "Massaker" kaum noch Erfolg. (4) Streben nach verstärkten West-Süd-Beziehungen bei - sekundärer und zumeist verbaler - Aufrechterhaltung der "Nord-Süd- und der Süd-Süd-Kooperation". Die Regierungen der "südlichen" Hemisphäre haben sich vor allem im Anschluß an die Ereignisse vom 4. Juni 1989 als besonders "einfühlsam" erwiesen, weil von dort zahlreiche Delegationen eintrafen, die "Verständnis" für das Vorgehen der Führung gegen die Studenten bekundeten. Angesichts der Boykottpolitik der westlichen Industrienationen wirkten diese Bekundungen wie Balsam auf die Wunden der chinesischen Führung. Hier gilt es - ganz in der konfuzianischen Tradition - Dankbarkeit zu zeigen. Die Südkomponente dürfte m.a.W. noch lange Zeit ein fester Bestandteil des außenpolitischen Bekundungswortschatzes bleiben.

2

Die fünf großen Innovationen im internationalen System zu Beginn der 90er Jahre

Weltweit nehmen zu Beginn der 90er Jahre fünf große Entwicklungen ihren Verlauf, nämlich Demokratisierung, Ökonomisierung, Regionalisierung bei gleichzeitiger Multipolarisierung und außenpolitische Stabilisierung.

2.1

Demokratisierung

Der Demokratisierungsprozeß hat sich vor der Haustür Chinas schon während der 80er Jahre vor allem in Taiwan, in Hongkong, in Südkorea sowie auf den Philippinen besonders kräftig geltend gemacht:

- In *Taiwan* konstituierte sich im September 1986 und zwar damals noch "am Rande des Gesetzes" - die erste authentische Oppositionspartei, nämlich die Minjindang, deren Wahlerfolge in den nachfolgenden Jahren zeigten, daß hier nicht nur eine Eintagsfliege geboren worden war. Die Staatsmacht, die sich noch bis 1979 allen Oppositionskräften mit z.T. brutalen Mitteln in den Weg gestellt hatte, wählte den Weg des Einlenkens und arbeitete seit

Mitte 1986 Demokratisierungsrichtlinien aus.¹⁴ Am 14. Juli 1987 wurde nach sage und schreibe 38 Jahren der am 19. Mai 1949 über Taiwan verhängte Ausnahmezustand aufgehoben und damit das "Kriegsrecht" zu Grabe getragen.

Der Demokratisierungsprozeß hatte viele Ursachen, nämlich erstens wachsenden Wohlstand, der mit der Entstehung eines robusten Mittelstands Hand in Hand ging, zweitens Partizipationserwartungen, die im Zuge der verbesserten Ausbildung gestiegenen waren, drittens ein immer kritischer werdendes Massenkommunikationswesen, viertens rasche Urbanisierung und fünftens, wie erwähnt, das Entstehen neuer sozialer Schichten, die frischen Wind in die politische Szene brachten und zur Gründung neuer politischer Gruppierungen drängten. Während die Guomindang nach wie vor auf das Wählerpotential der Beamtenschaft sowie der Großindustrie setzte, suchte sich die MJD ihren Anhang bei Klein- und Mittelunternehmern, bei den Intellektuellen und z.T. auch bei den Bauern.

Aus der Sicht Beijings hatte der MJD-Erfolg den Nachteil, daß hier eine politische Kraft entstand, die auf die Unabhängigkeit Taiwans gegenüber dem chinesischen Festland pochte und die ihren Wahlkampf auf wiedervereinigungsfeindliche Parolen abstellte.

So kam es zu dem paradoxen Ergebnis, daß Beijing ausgerechnet die konservativen Kräfte der GMD, die doch jahrzehntelang von der sinokommunistischen Propaganda als Hauptfeind hingestellt worden waren, dazu aufrief, die Wiedervereinigung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

- Demokratisierungsbestrebungen auch in *Hongkong*: Hatte die dortige Bevölkerung bis 1984 immer als höchst unpolitisch gegolten, ja hatten viele Hongkonger aus ihrer Nichtbeteiligung geradezu eine Weltanschauung gemacht, so änderte sich diese Haltung schlagartig mit der Verkündung des "Britisch-Chinesischen Memorandums" über die Zukunft Hongkongs, das die Übergabe Hongkongs an die VR China am 1. Juli 1997 vorsah.

Spontan kam es von nun an zu Bürgerprotestversammlungen, die sich zwar, anders als in der VR China, nicht in

formellen Oppositionsparteien artikulierten, die aber für das verblüffte Hongkonger Government gleichwohl eine Herausforderung waren und es eine Zeitlang in arge Verlegenheit brachten.

Als es im Juni 1989 gar zum Massaker in Beijing kam, fanden in Hongkong erregte Massendemonstrationen statt, in denen Empörung geäußert und auch Bedenken laut wurden, ob das "Übergabe"-Versprechen, das ja über die Köpfe der Hongkonger Bevölkerung hinweg ausgehandelt worden sei, nicht besser wieder rückgängig gemacht werden sollte.

Die VR China reagierte auf diese Demonstrationen ohne jede Sensibilität: Statt Kundgebungen solcher Art als Ausdruck einer pluralistisch verfaßten Gesellschaft zu begreifen und damit den Prämissen des [allerdings erst im April 1990 verkündeten] "Hongkonger Grundgesetzes" Rechnung zu tragen, griff Beijing zum Holzhammer, stieß Drohungen gegen das Hongkonger Government aus, das den Feinden der KPCh einen Freibrief gewähre und es zulasse, daß die Kronkolonie sich in einen "Stützpunkt gegen den chinesischen Kommunismus" verwandle. Überdies versuchte Beijing mehrere Male, "konterrevolutionäre" Organisationen und Zeitungen sowie Zeitschriften einzuschüchtern. U.a. bekamen VR-kritische Zeitungen schon bald keine Anzeigen von China-Handelshäusern mehr, und kritische Reporter sahen sich von heute auf morgen mit einem Einreiseverbot nach China konfrontiert.

Zusätzlich brachte Beijing in die damals noch laufenden Beratungen zum Hongkonger Grundgesetz noch zwei Zusätze ein, die für die Zukunft wenig Gutes verhiessen, nämlich die Klausel, daß die künftige "SVZ (Sonderverwaltungszone) Hongkong" die Pflicht habe, Gesetze gegen Landesverrat, Spaltung des Landes und Subversion zu erlassen sowie eine Art "Demokratie-Entsorgungsklausel", derzufolge die Zahl der direkt wählbaren Mitglieder des Gesetzgebungsrats zunächst auf lediglich 20, d.h. auf ein bloßes Drittel aller Abgeordneten beschränkt bleiben solle: Anhand dieses Vorgehens vor allem wurde das Unbehagen deutlich, das den Beijinger Führungsapparat angesichts des Demokratisierungsverlangens der Hongkonger Bevölkerung inzwischen befallen hatte!

- Auch in *Südkorea* hatte die Bevölkerung allen voran die chronisch unruhige Studentenschaft - die Regierung zum Einlenken und zur Abhaltung von Präsidentschaftswahlen gezwungen, die das Land zwar noch nicht in eine Demokratie westlichen Zuschnitts verwandelte, aber immerhin Voraussetzungen dafür schuf.

- Auf den *Philippinen* schließlich hat die "People's Power" im Februar 1986 den Diktator Ferdinand Marcos zur Abdankung zwingen und gleichzeitig dafür sorgen können, daß die damals noch populäre Politikerin Corazon Aquino das Präsidentenamt übernahm.

Diese Vorgänge übten auf die inneren Entwicklungen in anderen asiatischen Ländern, vor allem auf den Mittelstand und auf die Intelligenz, erheblichen Einfluß aus. So war es beispielsweise durchaus kennzeichnend, daß auf Taiwan der damalige Präsident Jiang Jingguo schon wenige Wochen nach der Vertreibung Marcos' ein GMD-Zwölfergremium damit beauftragte, Lösungsvorschläge für die weitere Demokratisierung Taiwans zu erarbeiten.

- Die "People's Power" schaffte sich aber auch in der *VR China* selbst (Frühjahr 1989!) sowie in der *Mongolischen Volksrepublik* (1989/90) Luft - hier mit Erfolg (Mongolei), dort aber mit der Konsequenz einer blutigen Repression (China).

2.2 Ökonomisierung

2.2.1

Binnenwirtschaftliche Änderungen

Früher als andere Großmächte hatte die VR China erkennen müssen, daß die Macht nicht allein "aus den Gewehrläufen" kommt, sondern daß es wichtiger ist, die Bevölkerung zu ernähren und den technologischen Fortschritt zu fördern. Während der Kulturrevolution waren Einsichten dieser Art zwar noch tabuisiert, doch mit dem Beginn der Reformen in den Jahren 1979 ff. brach sich die neue Erkenntnis dann um so unwiderstehlicher Bahn und führte nicht nur zu binnen-, sondern auch zu außenwirtschaftlichen Neuerungen, wie sie bisher undenkbar gewesen wären.

Binnenwirtschaftlich gab es Neuerungen vor allem in den zehn Bereichen Betriebsreform, Koordinations- und

Netzwerkreform, Preisreform, Handelsreform, Arbeitsreform, Finanzreform, Steuerreform, Bankenreform, Planungsreform sowie Standardisierungs- und Vereinheitlichungsreform.¹⁵

2.2.2

Außenwirtschaftliche Neuerungen

Außenwirtschaftlich kam es zu Reformen vor allem in der Gesetzgebung, bei der Kapitaleinfuhr, beim Aufbau von Joint Ventures, bei der Entwicklung der Küstengebiete und bei der Verbesserung der außenwirtschaftsrelevanten Infrastruktur.

- Gesetzgebung: Seit am 1. Juli 1979 das "Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen mit dem Ausland" herausgekommen war, begann die Gesetzgebungsmaschine auf Hochtouren zu laufen und Bestimmungen herauszubringen, die nicht nur der Ergänzung des Joint-Venture-Gesetzes dienen, sondern Neuerungen auf Gebieten wie Außenvertragsrecht, Steuerrecht, Zollrecht, Betriebsrecht und Schutz geistigen Eigentums bringen sollten. Zahlreiche Einzelheiten zu diesem Prozeß sind in der Serie über das Öffentliche Recht dargelegt worden, die der Autor in *CHINA aktuell* im Zeitraum November 1986 bis Januar 1990 publizierte.

Alles in allem ist die VR China durch diese Regelungen wesentlich berechenbarer und ihre "Politik der offenen Tür" transparenter geworden.

- Kapitaleinfuhr: Zwischen 1980 und 1990 hat die VR China rd. 300 Mrd. Yuan an Auslandskrediten aufnehmen können - also eine Summe, die in etwa den Gesamtaufwendungen für den Investbau in den Jahren 1989 und 1990 entsprach. Mit Hilfe der Kredite wurden Häfen, Eisenbahnlinien, Kraftwerke und Ölfelder eingerichtet oder ausgebaut. Hinzu kamen noch Kapitalien, die im Zuge ausländischer Investitionen in die Volksrepublik strömten. Neben Tausenden von Kleininvestoren (vor allem aus Hongkong, aber auch aus Taiwan und anderen asiatischen Nachbarstaaten) kamen auch weltbekannte Großfirmen, so z.B. die Philips AG, die Volkswagen AG und der japanische Elektronikkonzern "National". Investitionen wurden nicht zuletzt durch flexible Maßnahmen einzelner Provinzen angelockt. So hat beispielsweise die Stadt Tianjin mit ausländi-

schen Investoren ein Abkommen über die Anpachtung einer Industriefläche von bisher 5,36 qkm unterzeichnet, um so den Ausbau einer stadtprovinzeigenen Industriezone zu beschleunigen. Ähnliche Maßnahmen wurden auch in anderen Küstenstädten durchgeführt, vor allem in Shanghai und in Yantai (Provinz Shandong).

- Aufbau von Joint Ventures und kooperativen Unternehmen mit Auslandskapital: Bis Ende 1990 waren in der VR China 29.052 Betriebe mit ausländischer Investitionsbeteiligung zugelassen worden. 85% dieser Unternehmen wurden in den Küstengebieten errichtet. Das Gesamtanlagekapital der ausländischen Partner belief sich bis Ende 1990 auf 40,33 Mrd.US\$. Die meisten der neuen Betriebe begannen schon Mitte der 80er Jahre die ersten Gewinne einzufahren. Von 1987 bis 1989 stieg der gesamte Produktionswert dieser Unternehmen jährlich um bis zu 50%!

- Entwicklung der Küstengebiete: Daß sich so viele ausländische Unternehmen im Küstenbereich niederließen, hing einmal mit der Seeverkehrsanbindung, zum andern aber auch damit zusammen, daß die Volksrepublik dort vier Wirtschaftssonderzonen (nahe Hongkong und Macau) eingerichtet, ferner 15 Küstenstädte vom südlichsten Teil des Landes bis hinauf nach Norden geöffnet und überdies ganze Deltabereiche als Entwicklungszonen erschlossen hat. Bereits 1989 belief sich der Pro-Kopf-Produktionswert innerhalb der drei hier genannten Arten von Sonderzonen auf 3.042 Yuan - und lag damit bei mehr als dem Doppelten des Landesdurchschnitts. Die rasche Entwicklung der exportorientierten Wirtschaft in den Küstenzonen kam aber auch dem Binnenland zugute, das als Zulieferer eingeschaltet werden konnte.

- Ausbau der Infrastruktur: Bis Mitte der 80er Jahre hatten eigentlich nur Shanghai und Tianjin eine modernere Infrastruktur aufzuweisen. In der Zwischenzeit hat sich dies geändert. Durch eine staatliche Schwerpunktförderung wurden die Autobahnen Shenyang-Dalian, Guangzhou-Shenzhen und Beijing-Tianjin-Tanggu angelegt, wurde die Eisenbahnlinie Datong-Qinhuangdao elektrifiziert und wurden moderne Flughäfen in Ningbo und Wenzhou gebaut. Auch wurden mehrere neue

Kraftwerke in Shatoujiao (Wirtschaftssonderzone Shenzhen), in Ningbo und Macun (auf der Insel Hainan) ihrer Bestimmung übergeben.

Auf dem Gebiet des Post- und Telekommunikationswesens gab es ebenfalls zahlreiche Neuerungen, u.a. automatische und halbautomatische Telefonvermittlungen und Telex- sowie Telefax-Anschlüsse. Die südostchinesische Provinz Guangdong hat sich in diesem Zusammenhang vor allem voll in das Hongkonger Netz eingeschaltet und damit gegenüber anderen Provinzen einen weiten Vorsprung gewonnen.

Überall ist China auf den Ökonomisierungs-Zug aufgesprungen und hat damit Tatsachen geschaffen, die kaum noch rückgängig zu machen sind, auch nicht von Ideologen, die im Gefolge der 1989er Krise zahlreiche Neuerungen gerne wieder ungeschehen machen möchten.

2.2.3

Die Zukunft

2.2.3.1

"Sechs Tendenzen in der Außenwirtschaft"

Außenwirtschaftlich prognostiziert die chinesische Führung für die 90er Jahre folgende sechs Tendenzen:¹⁶ (1) Die Öffnung Chinas nach außen vollzieht sich Schritt für Schritt vom Süden nach Norden und (2) kontinuierlich vom östlichen Küstengebiet zum westlichen Binnenland. (3) Der Umfang der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern wird ebenfalls schrittweise zunehmen und außerdem wird sich (4) die Dauer von Kooperationsvereinbarungen mit ausländischen Partnern verlängern. (5) Ausländisches Kapital wird zunächst vorwiegend für den Aufbau von Betrieben, dann aber zunehmend für die Modernisierung der Infrastruktur eingesetzt - dies alles in dem Bestreben, die Investitionsbedingungen für Auslandskapital kontinuierlich zu verbessern. (6) Inländische Reformen und "Türöffnung" sollen Hand in Hand gehen.

Wie man sieht, ist das "Yibu yibu" zur Hauptphilosophie der Reformen geworden. Nichts mehr soll ruckartig, sondern alles langsam Schritt für Schritt weiterentwickelt werden.

2.2.3.2

"Fünf Bausteine zur Politik der offenen Tür"

Am 8.1.1990 formulierte Li Peng "Fünf Bausteine der chinesischen Öffnungspolitik". Sie lauten (1) Festhalten an den Vier Grundprinzipien (d.h. vor allem zum KP-Führungsmonopol), (2) weiterer Ausbau des Sozialismus, (3) Festhalten an der Verbindung von Planwirtschaft und Marktregulierung, (4) Festhalten an der Reform- und Öffnungspolitik, wobei die Jagd nach schnellen Resultaten vermieden werden sollte, und (5) gründliche Überprüfung von eventuellen Neuerungen durch punktuelle Erprobung.¹⁷

Während China auf der einen Seite immer weiter seine "Tore öffnete" und beispielsweise bis Mitte 1990 weitere 38 Städte und Kreise für Ausländer öffnete, so daß es nun 664 "geöffnete Ortschaften" gab,¹⁸ suchte es sich andererseits gegen kulturelle Einflüsse des Auslands um so stärker abzukapseln, indem es neue Ideologiekampagnen und Kampagnen gegen "geistige Verschmutzung" anlaufen ließ.

2.3

Regionalisierung

Mit dem Thema Regionalisierung (qucheng jituanhua (a)), das auch im Zusammenhang mit der "Multipolarisierung" (duo ji hua (b)) immer wieder auftaucht, hat sich die VR China nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in ihrer Außenpolitik auseinandergesetzt.¹⁹

Zu Hause sind es vor allem die südostchinesischen Küstenprovinzen, die aufgrund wirtschaftlicher Eigengesetzlichkeiten immer mehr an Eigengewicht zulegen und die schon seit geraumer Zeit im Begriffe sind, sich zwar nicht administrativ von der Volksrepublik abzukoppeln, sich wohl aber wirtschaftlich zu *entkoppeln*.²⁰

Vor allem seit dem innenpolitischen Klimawechsel vom Juni 1989 versucht Beijing, allen Zentrifugalisierungstendenzen den Kampf anzusagen und China wieder in jenes immer nostalgischer beschriebene "Schachbrett" zurückzuverwandeln, das es in den glücklichen 50er Jahren noch gewesen war und auf dem die Zentrale die Figuren je nach Belieben hatte rochieren lassen können.

Während die "Multipolarisierung" auf chinesischem Territorium der Beijinger Führung höchst lästig ist, begrüßt sie umgekehrt alle Multipolarisierungssansätze im außenpolitischen Bereich und betrachtet sie als Ergebnisse einer Entwicklung, von der die Volksrepublik am Ende nur profitieren könnte.

Schon seit Jahren gehört diese Art von Regionalisierung mit zu den Lieblingsthemen der Beijinger Führung.

Schon in den 70er Jahren schienen die besten Europäer nicht in Brüssel, sondern in Beijing zu sitzen; die leidenschaftlichsten Plädoyers für das ASEAN-Bündnis, für die Südasiatische Gemeinschaft und für die ZOPFAN wurden nicht in Kuala Lumpur oder in Delhi, sondern in der chinesischen Hauptstadt gehalten; die eigentlichen Verfechter des Anden-Pakts, Großarabiens, Großmaghrebs oder aber der OAU waren nicht in Lima, Damaskus, Algier oder Dakar zu Hause, sondern in Beijing. China hielt auch nationale Teilungen (Korea, Deutschland, Vietnam) stets für unnatürlich und gerierte sich deshalb als Fürsprecher einer systematischen Wiedervereinigungspolitik, zumal im eigenen Haus ja auch noch die Taiwan-Frage zu lösen ist. Als allerdings die Wiedervereinigung Deutschlands in greifbare Nähe geriet, gehörte Beijing eine Zeitlang zumindest zu den Bremsern; wäre es der Führung der VR China nach gegangen, so wäre es bei zwei deutschen Staaten geblieben.²¹

Bei seinem Plädoyer für Regionalbündnisse ging (und geht) Beijing offensichtlich von der Prämisse aus, daß Länder und Regionen, die ihren eigenen Interessen entsprechend leben und handeln, automatisch antihegemonistische Abwehrinstinkte und -mechanismen entwickeln. Was dem Regionalismus nützt, schadet dem Hegemonismus - ein chinesisches Nullsummenspiel!

Zwar ist inzwischen eine der Haupthegemoniemächte von der Landkarte verschwunden, doch warnt die chinesische Propaganda auch jetzt noch deutlich genug vor weiterbestehenden hegemonistischen Ansprüchen der anderen einstweilen noch verbliebenen Supermacht. Nicht zuletzt die Beijinger Erfahrungen mit den "Menschenrechtseinforderungen" der USA, die

letztlich nichts anderes seien als verschleierte Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Chinas, haben die chinesischen Führer mißtrauisch gemacht und sie "wachsam" bleiben lassen.

Da erweist es sich als günstig, daß zu Beginn der 90er Jahre die Multipolarisierungstendenzen noch einmal kräftig zugenommen haben: Mochte es bis 1989 noch ein bipolares System gegeben haben, in dem zwei (militärische!) Supermächte den Ton angaben, so scheint dieses Duopol psychologisch inzwischen 10.000 Jahre zurückzuliegen. Während die Sowjetunion sich auflöste und auch die USA unter einer schweren Wirtschaftskrise zu leiden begannen, deren Überwindung Jahre, wenn nicht Jahrzehnte in Anspruch nehmen dürfte, tauchten neue Mächte auf, die bis dahin geringes Profil gezeigt hatten, nämlich Deutschland und Japan, aber auch die EG als Ganzes (Europa 1992!) und China. Darüber hinaus ergaben sich im Zusammenhang mit dem Golfkrieg (Januar/Februar 1991) neue - und höchst überraschende! - Kräftekonstellationen, die deutlich werden ließen, wie sehr sich das bipolare Muster in der heutigen Welt verflüchtigt hat. Anstelle des starren Duopols ist ein Vieleck getreten, in dessen Umfeld auch Länder der Dritten Welt mehr Einwirkungsmöglichkeiten haben denn je! Der Golfkrieg hat es auch möglich gemacht, daß sich Israel und die arabischen Staaten zum ersten Mal an einen gemeinsamen Verhandlungstisch setzten. Auch wenn die anfänglichen Gespräche nicht besonders ermutigend verliefen, war doch immerhin zu Beginn d.J. 1992 ein erster Schritt zu einer Lösung auf regionaler Ebene getan. Zwar versuchten die Amerikaner, bei diesen Verhandlungen Druck auszuüben, wobei sich die Pressionen - und auch dies war neu! - hauptsächlich gegen ihren Verbündeten Israel richteten, doch mußte Washington mit Betroffenheit feststellen, daß seine Möglichkeiten der Einflußnahme sich inzwischen verändert haben. Die chinesische Nullsummenthese vom Verhältnis zwischen Regionalisierung und Hegemonismus scheint also aufzugehen!

Dies zeigte sich übrigens auch im Zusammenhang mit den militärischen Aktionen der USA: Zwar konnte Washington mit seiner gewaltigen Militärmaschinerie noch einmal einen an

alte Zeiten erinnernden Coup landen; doch waren ihm bei seinem Vorgehen gegen den Irak politisch und rechtlich (UNO-Vorgaben) sowie auch wirtschaftlich-finanziell (Beiträge Japans, der Bundesrepublik Deutschland und Kuwaits) die Hände gebunden.

Regionalisierung muß freilich nicht ausschließlich positiv, d.h. antihegemonistisch wirken, sondern kann ihrerseits neue Probleme hervorrufen. Es war der "Charme" der alten Bipolarität, daß sich in Europa lange Zeit NATO und Warschauer Pakt gegenseitig die Waage hielten und dadurch eine verhältnismäßig stabile Lage schufen.

Nach dem Zerfall des "Ostblocks" ging diese Ausgeglichenheit jedoch verloren und es konnten uralte Widersprüche wieder ans Tageslicht kommen, die durch den Ost-West-Konflikt vier Jahrzehnte lang verkleistert gewesen waren, nämlich nationale, territoriale, religiöse und kulturelle Konflikte - man denke an den Bürgerkrieg in Jugoslawien oder aber an Territorialstreitigkeiten, wie sie beispielsweise um das kaukasische Berg-Karabach aufgetaucht sind.

Statt Stabilität hat die Regionalisierung also viele neue Unruhen aufkommen lassen und die Lage unkalkulierbar gemacht.

Regionalisierung hat sich daneben z.T. aber auch gegen chinesische Interessen ausgewirkt - man denke etwa an die bilateralen vietnamesisch-laotischen und vietnamesisch-kambodschanischen "Sonderbeziehungsverträge", die zwischen 1977 und 1979 zu einem indo-chinesischen, unter Leitung Hanois stehenden Dreierblock führten, der sich - immer aus chinesischer Sicht - zu allem Überfluß auch noch mit der Sowjetunion verbündete. Hier galt es dazwischenzuschlagen, lokale Guerillabewegungen zu unterstützen, Nachbarn aufzubringen (man denke an den thailändisch-vietnamesischen Konflikt!) und sogar einen eigenen Erziehungsfeldzug zu starten. Gleichzeitig gab sich China freilich auch alle Mühe, den Kambodscha-Konflikt zu entschärfen, und es hatte, wie die Ereignisse inzwischen zeigen, damit auch beträchtlichen Erfolg. Immerhin gibt es in Phnom Penh inzwischen einen Obersten Nationalrat, unter dessen Dach alle vier Bürgerkriegsvereinigungen an der Neugestaltung Kambodschas mitwirken.

2.4 Multipolarisierung (statt "Drei-Welten-Theorie")

Zwei der neuen außenpolitischen Lieblingsausdrücke Beijings heißen "duo ji hua" (c) (wörtl.: "Multipolarisierung") und "Guoji xin zhixu" (d) ("Neue Weltordnung").

Aus chinesischer Sicht besteht die Besonderheit des neuen internationalen Systems darin, daß es erstens multipolar ist und daß es zweitens, im Gegensatz zu den Gebilden, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg ("Versailler System") und nach dem Zweiten Weltkrieg ("Jalta-System") entstanden sind, der Welt nicht von einigen Supermächten aufgezwungen, sondern vom Großteil der Staatengemeinschaft freiwillig - weil als nützlich erkannt - akzeptiert worden ist.

Aus der Anti-Hitler-Koalition des Zweiten Weltkriegs hatte sich vor allem nach 1945 die Ordnung von Jalta entwickelt, die erst Ende der 80er Jahre - mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion - von der Landkarte verschwand.

Die Disintegration des bipolaren (liang jide) Systems hat zwei Entwicklungen ausgelöst, von denen die eine die Chance zu mehr Entspannung und Frieden, die andere aber die Gefahr von Instabilität und Turbulenzen in sich birgt. Ordnung oder Chaos sowie Disintegration oder weltweite Zusammenarbeit liegen heutzutage dichter zusammen als zu Zeiten der Bipolarität. Um so wachsamer gilt es zu sein und um so größer ist die Verantwortung der Entscheidungsträger.²²

Das Ende der Bipolarität wurde im Zusammenhang mit dem Golfkrieg besonders deutlich sichtbar. Die Sowjetunion spielte bei diesem Geschehen im Januar/Februar 1991 nur noch die Rolle eines Zuschauers und überließ das Handeln fast ausschließlich den USA.

Obwohl ferner die USA eindeutig als Sieger aus dem Irakkrieg hervorgingen, konnten sie (von der Vertreibung der irakischen Truppen aus Kuwait einmal abgesehen) kein einziges der mit dem Irak zusammenhängenden Probleme lösen; auch in Zukunft dürften sie sich dort nicht entscheidend durchsetzen können: eine Konsequenz der neuen Multipolarität!

Ein "Pol" ist dann gegeben, wenn ein Staat oder eine Staatengemeinschaft die Chance hat, seinen/ihren Willen gegen andere Staaten oder gegen eine andere Staatengemeinschaft durchzusetzen und auf diese Weise entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Angelegenheiten zu nehmen. Man fühlt sich hier an die alte "Macht"-Definition durch Max Weber erinnert!

"Pole" in diesem Sinne bilden nicht nur China, sondern auch Japan (und möglicherweise eine künftige asiatisch-pazifische Gemeinschaft), ferner die EG, die USA und nach wie vor auch die GUS, die zwar momentan eine Krise durchläuft, die aber trotz ihres Machtverlusts in der heutigen Welt die einzige Kraft ist, die es militärisch mit den USA aufnehmen könnte.²³

Polbildungen sind wahrscheinlich auch in Zukunft unvermeidbar. Die Idee einer "nichtpolaren Welt", wie sie bisweilen von japanischen "Denktanks" vertreten wurde, trägt eher utopischem Wunschenken als der Realität Rechnung, da es nun einmal eine Tatsache ist, daß jedes Land und jede Region ihre Eigeninteressen hat und daß die einen eben stärker sind als andere, so daß sich schon dadurch wieder Pole herausbilden. Pole kristallisieren sich vor allem aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Gegebenheiten heraus.

Ganz gewiß gibt es auch einen "chinesischen Pol", da sich die Volksrepublik als größtes Land der Welt durch eine durchaus eigenwillige Politik profiliert, die vielen Beobachtern zwar nicht behagen mag, erscheinen mag, die aber gleichwohl als Faktum vorhanden ist und die von den anderen zur Kenntnis genommen werden muß.

Die Ansicht, daß die "Pol-Fähigkeit" hauptsächlich von wirtschaftlichen Kräften bestimmt wird, ist inzwischen eine Alltagsweisheit geworden.

Unter diesen Umständen muß man sich wundern, daß selbst namhafte China-Beobachter vom Rang etwa eines Lowell Dittmer von der University of California immer wieder Ansichten vertreten, die noch auf Uralt-Kategorien basieren. Bei einem Vortrag in Hongkong²⁴ entwarf er beispielsweise ein Modell, demzufolge Beijing, Moskau und Washington eine "Ménage à trois" bildeten. Sowohl im Weißen

Haus als auch im Kreml habe die "China-Karte" bei allen strategischen Überlegungen nach wie vor erhebliches Gewicht, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil China die drittgrößte Nuklearmacht ist. Die Konflikte zwischen den Dreien nähmen laufend ab und nicht etwa zu - es sei m.a.W. eine "cosy relationship", die sich hier anbahnt und die in der "post-cold war era" eine entscheidende Rolle spiele. Die Drei würden immer mehr zu Partnern statt ihre Rolle als Gegner fortzusetzen.

Diese Annahme Dittmers von der wachsenden Partnerschaft mag zwar zutreffen, doch wird die Rolle von Staaten qua Atommächten immer unwichtiger. Was ist z.B. i.J. 1992 die Force frappe noch wert? Hat andererseits China wegen seines Atomwaffenbesitzes in der heutigen Welt auch nur ein Quentchen Einfluß mehr als es ohne diese Waffe besäße? Und ist etwa die Einflußmöglichkeit Japans nur deswegen geringer, weil es keine Atomwaffen besitzt? Gleich außerdem das Bündnis zwischen USA, Japan und der Bundesrepublik nicht eher einer Ménage à trois als die Beziehung zwischen USA, Sowjetunion und China?

Um wieviel moderner und überzeugender wirkt demgegenüber der chinesische Polansatz, der vorwiegend den wirtschaftlichen und technologischen Gegebenheiten Rechnung trägt und überdies wesentlich stärker differenziert:

So ist das internationale System nach chinesischer Auffassung beispielsweise aus *militärischer* Sicht zwar nach wie vor bipolar (auch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben hier noch ein gewaltiges Potential), aus *wirtschaftlicher* Sicht jedoch erscheint es bereits tripolar (USA, EG und Japan) und aus *politischer* Sicht sogar pentapolar (USA, GUS, Westeuropa, Japan und China). Die USA seien die einzige heute noch verbliebene Supermacht, die ihrer Rolle allerdings auch nicht so recht glücklich werden könne, da ihre wirtschaftliche Basis wegbröckle. Gleichwohl habe der Golfkrieg kurzfristig das Gewicht der USA im internationalen System noch einmal gewaltig erhöht. In Zukunft werde es allerdings keineswegs mehr eine Alleinherrschaft der USA (Meiguo du ba (e)) und auch keine Konstellation mehr geben, in der

die USA als "ein einziger Pol mehrere Pole beherrschen" (weiyide zhaoji da guo (f)), und auch für eine "multipolare Struktur unter US-Herrschaft" (Meiguo du ba xiade duo ji geju (g)) dürfte es wohl kaum noch Ansatzpunkte geben. Vielmehr sei angesichts der "Globalisierung der Produktion" (shengchan quanjihua (h)) und der "Internationalisierung des Kapitals" (ziben guojihua (i))²⁵ eine echte Multipolarisierung mit zunehmender Ausgeglichenheit zu erwarten, deren einzelne Bezugspartner zueinander in einem Verhältnis der Koexistenz stehen. Einen gewissen Vorrang werden dabei, so vermutet man in Beijing,²⁶ "drei große Wirtschaftsgruppierungen" haben, nämlich die EG (Ou gong ti), die "Nordamerikanische Freihandelszone" (Bei-Mei ziyou baoyi qu) und die noch in den Anfängen stehende "Informelle Ostasiatische Wirtschaftszone unter Führung Japans" (Riben chouzude wuxingde Dongya jingji quan (j)).²⁷

In dieser internationalen Umgebung eines neuen "Kräftegleichgewichts" (lilang duibi (k)) könne China sich bequem einrichten. Diplomatisch stehe ihm mehr Manövrierraum zur Verfügung und wirtschaftlich könne es seine Beziehungen nach allen Seiten hin ausrichten. Auf zwei Gefahren müsse man allerdings gefaßt sein, nämlich auf den wachsenden Protektionismus der einzelnen Regionen und auf die Versuche "einiger westlicher Staaten", China zum Verzicht auf seinen sozialistischen Kurs zu zwingen.²⁸

Gegenüber der asiatischen Umwelt sucht China schon heute eine Politik gutnachbarlicher Beziehungen zu pflegen und auf diese Weise eine "friedliche Umgebung" zu schaffen. 1991 drückte sich dieser Wunsch vor allem in zahlreichen Staats- und Regierungsbesuchen aus. Jiang Zemin beispielsweise besuchte die Sowjetunion, Yang Shangkun die Mongolische Volksrepublik, Li Peng die DVR Korea sowie die Republik Indien. Yang Shangkun reiste außerdem nach Indonesien und Thailand sowie nach Pakistan und Iran. Bei all diesen Besuchen wurde versucht, Mißtrauen abzubauen und Restkonflikte (z.B. Grenzstreitigkeiten mit Indien und der Sowjetunion) zu beseitigen. Das in der chinesischen Innenpolitik heutzutage so allesbestimmende Verlangen nach Stabilität hat sich auch auf die Außenpolitik Beijings niedergeschlagen.

Das Verlangen, das sich hier erneut zeigt, ist genaugenommen uralt und hat sich durch die traditionelle chinesische Außenpolitik wie ein roter Faden gezogen. Nur die maoistischen Revolutionäre glaubten, ihm nicht verpflichtet sein zu müssen.

Die Multipolarisierung führt auch zu der wachsenden Einsicht, daß die rd. 160 Länder der Erde nicht nach einem einzigen Wirtschafts- oder Sozialmodell aufgebaut werden können und daß es überall autochthone Wertvorstellungen gibt, die auch von den stärkeren Mächten respektiert werden müssen.

Die alte Weltordnung war nach chinesischer Auffassung durch Hegemonismus und Machtpolitik gekennzeichnet. Eine neue Weltordnung soll demgegenüber durch Zusammenarbeit und durch Gleichberechtigung sowie Gegenseitigkeit bestimmt werden, also durch Prinzipien, wie sie in den "Fünf Grundsätzen der friedlichen Koexistenz" enthalten sind.

Eine Politik "multipolarer" Zugeständnisse hat China auch bei der APEC-Konferenz im November 1991 in Seoul gezeigt: Es trat dieser Organisation nicht nur selbst bei, sondern legte auch dem Beitritt "China-Taibeis" und "China-Hongkongs" keine Hindernisse in den Weg. Es wurden also m.a.W. auf einen Schlag gleich "drei Chinas" zugelassen.

2.5 Stabilisierung und "friedliche Koexistenz"

Ein weiterer Trend, der von den Tendenzen zur Demokratisierung, Ökonomisierung, der Regionalisierung und der "Multipolarisierung" begünstigt wird, ist schließlich die Stabilisierung, die u.a. auch als Folge des nachlassenden Klassenkampfes in der chinesischen Außenpolitik gelten darf.

Trotz des Zerfalls des alten Ostblocks und trotz einer Reihe kriegerischer Konflikte in Afrika, ja sogar in Europa (Jugoslawien) läßt sich generell doch eine politische Entspannung und Konfliktentschärfung beobachten.

Dies gilt nicht nur für Lateinamerika (Costa Rica!) oder aber für Südafrika (langsame Auflösung der Apartheid und der damit verbundenen bürgerkriegsähnlichen Konfliktlage), sondern

vor allem für Asien, das inzwischen, wie bereits erwähnt, zum friedlichsten aller Erdteile geworden ist:

- Die Kambodscha-Frage wurde durch den Friedensvertrag von Paris (Oktober 1991) und durch die Konstituierung eines aus allen vier Parteien bestehenden Obersten Nationalrats von Kambodscha (seit November 1991) z.T. konsolidiert.²⁹

- In Korea führten die beiden Teilstaaten 1990 ihre ersten Gipfelgespräche (Ministerpräsidentenebene!) seit 1945. Außerdem kam es durch den Austausch von Sport-, Literatur- und Kunstdelegationen zu einer Verdichtung der beiderseitigen Beziehungen - eine Entwicklung, die von China begrüßt - und übrigens auch systematisch gefördert - wurde.³⁰ Überraschend hatten beide Regierungen im Frühjahr 1991 beschlossen, sich gesondert um eine Aufnahme in der UNO zu bewerben, nachdem sie vorher jahrelang darauf gepocht hatten, daß eine Zwei-Staaten-Lösung nicht in Frage komme. Die Formel Kim Il Songs hatte immer gelautet: "Eine Nation, ein Land, zwei Systeme und zwei Regierungen".³¹ Doch dann erfolgte im Mai 1991 eine Wendung hin zur Zwei-Staaten-Formel; denn wie anders könnten gesonderte Aufnahmeanträge interpretiert werden!? Der Antrag der beiden koreanischen Staaten wurde von der Weltorganisation am 17. September 1991 angenommen.

China kann mit einer Zwei-Korea-Lösung gut leben; es versteht auch die Sorge Nordkoreas, im Falle einer einmal eingeleiteten Wiedervereinigung vom Süden schlicht aufgesaugt zu werden.

Eine gewisse Sorge bereitet den Chinesen der Versuch Kim Il Songs, in den Besitz eigener Atombomben zu gelangen. Schon seit längerer Zeit hat Beijing deshalb damit begonnen, auf die nordkoreanische Regierung sanften Druck auszuüben, Pläne dieser Art nicht weiter zu verfolgen.³²

- Was Laos anbelangt, so hat Beijing mit diesem südlichen Nachbarstaat, mit dem es sich in eine Grenze von 420 km teilt, am 12.9.1991 einen Grenzvertrag abgeschlossen, bei dem die chinesische Seite so großzügig vorging, daß Laos Anlaß sah, die Vereinbarung geradezu als Modell für die

CHINA aktuell

Lösung ähnlicher Grenzfragen anzupreisen.³³ Darüber hinaus steht China in Grenzverhandlungen mit Myanmar und mit Bhutan.

Auch mit Vietnam, Indien und der Sowjetunion stehen noch Grenzabmachungen bevor, wobei sich der vietnamesisch-chinesische Streit um einige Paracel-Inseln als besonders heikel erweisen dürfte. Schon heute freilich läßt sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß am Ende eine Einigung auf der Grundlage des Status quo erfolgt. Alles andere wäre Anlaß zu erneuten, die Atmosphäre eintrübenden Streitigkeiten, wenn nicht gar ein Casus belli!

- Auch mit den ASEAN-Staaten gibt es keine "chinesischen" Probleme mehr: Thailand steht mit der VR China im Zeichen des Indochina-Konflikts seit Mitte der 80er Jahre in Verbindung, Singapur hat immer schon Kontakt zu den "Verwandten" auf dem chinesischen Festland gehalten und selbst Malaysia und die Philippinen sahen seit einigen Jahren kaum noch Anlaß, sich über China zu beklagen; daß die Volksrepublik den lokalen Rebellenbewegungen jahrelang materielle und ideologische Schützenhilfe geleistet hat, ist inzwischen verdrängt worden.

Sogar zu Indonesien hat die VR China wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen können, nachdem es 1965 im Zeichen des angeblich von Beijing mitunterstützten "Septemberaufstands" zu schweren Zerwürfnissen zwischen Jakarta und Beijing gekommen war.³⁴

Am 30. September 1991 nahm Beijing darüber hinaus auch mit dem letzten der ASEAN-Staaten, nämlich mit Brunei, diplomatische Beziehungen auf.³⁵

Gegenüber den ASEAN-Ländern hat Beijing sowohl politische als auch wirtschaftliche Interessen. Politisch befürwortet es die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone und vielleicht auch einer "Zone of Peace, Freedom and Neutrality" (ZOPFAN), die nach Möglichkeit alle zehn Staaten Südasiens, einschließlich Myanmars und der drei Indochinaländer, umfassen soll. Wirtschaftlich nimmt der Handelsaustausch mit einigen ASEAN-Ländern schnell zu. Mit Indonesien lag das Handelsvolumen 1990 beispielsweise bei 1,48 Mrd. US\$, mit Thailand bei

1,1 Mrd., mit Malaysia bei 1,77 Mrd., mit Singapur bei 1 Mrd. und mit den Philippinen bei 295 Mio. US\$.³⁶

Anfang Juni besuchte Staatspräsident Yang Shangkun die beiden ASEAN-Länder Thailand und Indonesien.³⁷

- Auch gegenüber der Mongolischen Volksrepublik hat sich das Verhältnis erheblich entspannt, seit die Sowjettruppen von dort abgezogen und gleichzeitig demokratische Reformen eingeleitet wurden.

Wenn China Stabilität fordert und seiner Zuversicht Ausdruck verleiht, daß der Friede aufrechterhalten werden könne, so vergesse man nicht, daß noch bis Ende der 70er Jahre das maoistische Diktum von der Unvermeidbarkeit des Kriegs zu den immer wieder laut verkündeten Grundüberzeugungen der Beijinger Außenpolitik gehörte! Hier hat sich in der Tat eine Richtungsänderung um 180 Grad ergeben!

Friede und Stabilität sowie wirtschaftliche Entwicklung - dies sind die beiden Hauptziele der reformerischen Führung, die sogar den Juni 1989 überlebt haben, ja noch nachdrücklicher artikuliert werden als vorher!

Zauberschlüssel ist die Formel von den "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz", als deren Mitbegründerschaft (zusammen mit Indiens) die VR China fast pausenlos hinweist.

China vertritt heute - glaubhafter als in früheren Jahren - die Ansicht, daß unterschiedliche Ideologien und Gesellschaftsordnungen die Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen nicht behindern sollen. Zwischenstaatliche Differenzen seien normal. Man müsse sie lediglich als solche zur Kenntnis nehmen und sie auf der Basis der Fünf Koexistenzprinzipien instrumentalisieren. Hierbei seien die gemeinsamen Interessen ("Friede und Entwicklung!") zu maximieren und die Differenzen so weit wie möglich zu entschärfen.

Auch drei weitere "heiße Fragen", die der VR China jahrzehntelang auf den Nägeln brannten, haben sich inzwischen weitgehend abgekühlt, nämlich das Verhältnis Beijings zu Südkorea, zu Israel und zu Südafrika:

- Gegenüber Südkorea haben sich die Vorurteile längst verflüchtigt; allerdings sollen zu diesem östlichen Nach-

barn einstweilen nur wirtschaftliche und Nicht-Regierungskontakte entwickelt werden; mit formellen diplomatischen Beziehungen will sich China noch so lange Zeit lassen, bis Nordkorea keine Einwendungen mehr hat. Ferner pocht Beijing nach wie vor darauf, daß die ausländischen (d.h. US-)Truppen aus Südkorea abgezogen werden. China will sich im übrigen bemühen, die beiden Koreas bei der friedlichen Wiedervereinigung zu unterstützen.

- Mit Israel wurden im Januar 1992 diplomatische Beziehungen aufgenommen, nachdem beide Seiten schon seit langem zusammen "gekungelt" hatten. U.a. hatten israelische Spezialisten beispielsweise an der Modernisierung der chinesischen Panzerwaffe mitgearbeitet und auch sonst hatte es einen soliden Wirtschaftsaustausch gegeben, von dem die arabischen Staaten allerdings, so wünschte es Beijing, möglichst wenig wahrhaben sollten.

- Auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Südafrika, dessen Regierung inzwischen die Apartheidpolitik aufgegeben hat, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Genaugenommen handelt es sich also hier um keine "heißen Fragen" mehr. Alle drei Staaten sind Partner von beträchtlichem Interesse für China, vor allem was außenwirtschaftliche, technologische und z.T. auch militärische Fragen anbelangt.³⁸

Von diesen besonders brennenden Fragen abgesehen hat die VR China in den letzten Jahren auch noch weitere Entspannungsbeiträge geleistet.

Erstens normalisierte sie ihre Beziehungen zu einigen jahrelang verfeindeten Staaten wie Vietnam, Laos, Indonesien und Indien (dazu Näheres unten 4.4.).

Zweitens schloß sie eine Reihe von Grenzverträgen ab (Laos!) oder aber befindet sich mitten in Grenzgesprächen, nämlich mit Myanmar, Bhutan, vor allem aber mit Indien und mit der Sowjetunion.

Drittens betreibt sie, vor allem seit Beginn der Isolierung im Frühsommer 1989, eine intensive Reisediplomatie, die hauptsächlich vom Außenminister, vom Ministerpräsidenten und vom Staatspräsidenten getragen wird. 1991

beispielsweise besuchte Staatspräsident Yang Shangkun Pakistan und den Iran, Ministerpräsident Li Peng den Nahen Osten und sechs Golfländer.

Viertens erklärte sich China am 12. August 1991 "grundsätzlich" zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags bereit.

China besitzt seit 1964 Atombomben - ein Potential, das später noch durch H-Bomben und durch Trägerraketen aller drei Reichweiten ergänzt wurde.

In den letzten Jahren war China in Verdacht geraten, einigen Ländern, u.a. Pakistan und Algerien, Technologie für den Bau eigener Atomwaffen zugespielt zu haben. Vor allem die amerikanische Presse hatte sich auf dieses Thema eingeschossen, so daß sich Repräsentanten der Beijinger Regierung schon bald überall mit unangenehmen Fragen konfrontiert sahen. Auch drohten die USA, der VR China den Meistbegünstigungsstatus zu entziehen.³⁹ Mitglieder des US-Repräsentantenhauses hatten entsprechende Initiativen u.a. damit begründet, daß China nicht nur die Länder Pakistan und Algerien beim Bau von Atombomben unterstütze, sondern daß sie außerdem M-9-Raketen an Syrien, M-11-Raketen an Pakistan und Kurzstreckenraketen vom Typ "Seidenraupe" an den Iran verkaufe.⁴⁰

Durch die angekündigte Beitrittserklärung zum Proliferationsvertrag wollte Beijing offensichtlich Vorwürfen dieser Art den Wind aus den Segeln nehmen.

Weiterhin beteiligt sich China am weltweiten Kampf gegen den Drogenmißbrauch⁴¹ und fordert eine entschiedene Bekämpfung des internationalen Terrorismus.⁴²

Freilich hat der unten (4.5.2) noch näher zu beschreibende umfangreiche Waffenhandel Chinas mit Spannungsgeladenen Gebieten trübe Schatten auf das Friedensimage der Volksrepublik geworfen.

3 Selbstbewußtsein - und Verunsicherung

Ein merkwürdiges Schwanken zwischen Hochstimmung und Niedergeschlagenheit ist für die gegenwärtige chinesische Außenpolitik kennzeichnend.

Auf der einen Seite sieht sich die KPCh-Führung mit Blick auf die Sowjetunion und ihren Zerfall fast jeden Tag von neuem in ihrer Überzeugung bestätigt, daß sie mit ihrer Stabilitätspolitik (zu ihr gehört auch das Vorgehen gegen die Studenten i.J. 1989) recht behalten hat. Es gebe keinen Grund, den in der Praxis bewährten Weg zu verlassen, heißt es immer wieder. Daß auch im eigenen Land die Probleme gewachsen sind (Arbeitslosigkeit, Insolvenzen der Betriebe, Bevölkerungsexplosion, Finanzierungsschwierigkeiten, Umweltfragen, Aufbrechen ethnischer Probleme u.dgl.), wird in diesem Argumentationszusammenhang immer wieder "vergessen"!

Häufig ist ferner von "Überlegenheit des Sozialismus" die Rede, und auch der Patriotismus feiert manchmal kräftig Urständ, so beispielsweise anlässlich der XI. Asienspiele im Oktober 1990 in Beijing, bei dem China mit 183 Siegen in 310 Disziplinen den mit Abstand größten sportlichen Erfolg erzielte.⁴³

Auch fühlt sich Beijing stark genug, erneut Forderungen nach einer "Neuen Weltordnung" zu erheben. Zuletzt geschah dies in einer Rede Außenminister Qian Qichens am 25. September 1991 vor der 46. UNO-Vollversammlung. Er stellte dabei vier Punkte besonders heraus: (1) Jedes Land müsse nach eigener Façon glücklich werden, brauche sich also von keiner Großmacht fremde Wertvorstellungen aufdrängen lassen. (2) Beendigung des Wettrüstens und wirkungsvolle Abrüstung: umfassendes und ausbalanciertes Verbot der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und am Ende völlige Vernichtung aller Atomwaffen; wirkungsvolle Kontrolle über den internationalen Waffenhandel (woran sich China allerdings selbst einweilen kaum hält!); Beibehaltung militärischer Mittel für die Selbstverteidigung; gemeinsame Nutzung des Weltraums. (3) Beseitigung der Kluft zwischen Nord und Süd: also Abbau der Schuldenlast, Verhinderung des Abflusses von Kapital und Verbesserung der Terms of trade; keine Verknüpfung von politischen Bedingungen mit Hilfeleistungen; Hilfe beim Umweltschutz. (4) Menschenrechte: In Menschenrechtsfragen dürfe nicht nur auf die zivilen und politischen Rechte abgestellt, sondern müßten gleichzeitig auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturel-

len Rechte sowie das Recht auf Entwicklung berücksichtigt werden. Für die meisten Entwicklungsländer sei das Recht auf Leben, Entwicklung, Arbeit, Wohnung und auf Befriedigung der Grundbedürfnisse das fundamentalste Menschenrecht. Zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen müßten Rassendiskriminierung und Apartheid, Kolonialismus, ausländische Aggression und Okkupation sowie die völlige Vernachlässigung der Grundbedürfnisse ("menschenunwürdiges Leben") gerechnet werden. Die Frage der "Menschenrechte" dürfe nicht als "Kampfpfad für den kalten Krieg" und als Mittel der Einmischung in innere Angelegenheiten genutzt werden. Was China anbelange, so müsse es 22% der Weltbevölkerung mit 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ernähren; es leistet damit einen "eminenten Beitrag für den Schutz des Menschenrechts auf Leben".⁴⁴

Gegenwärtig lebten 1,1 Milliarden Menschen in Armut, darunter 600 Millionen in extremer Armut.⁴⁵ Dies sei ebenfalls eine ernsthafte Verletzung der Menschenrechte!

Auf der anderen Seite ist die Beijinger Führung jedoch trotz äußerlich selbstbewußten Auftretens tief verunsichert. Nach wie vor befindet sie sich nicht nur wegen des "Tiananmen-Massakers", sondern auch wegen des Zusammenbruchs eines Großteils der realsozialistischen Staatenwelt in Argumentationsnot.

U.a. zeigt sich die Verlegenheit auch in einem ständigen Mißtrauen gegenüber ausländischen Journalisten und in der Angst vor einer weiteren "friedlichen Evolution", die als internationale Verschwörung zur Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften Chinas gedeutet wird.⁴⁶

Chinas Diplomaten im Außendienst erhielten nach dem Massaker eine ideologische Wegzehrung in Form von drei Hypothesen: (1) Trotz der Entspannung in den internationalen Beziehungen - oder gerade wegen ihr - dürfe niemals vergessen werden, daß der Kampf gegen den Hegemonismus noch lange nicht zu Ende sei. Die Revolution gehe weiter, "friedliche Evolution" sei gefährlich, weil verführerisch. Sie gilt als Hauptwerkzeug der westlichen "Subversionsstrategie" gegen China und andere sozialistische Länder.⁴⁷

Die Formel lautet geradezu "friedliche Evolution = Subversion". (2) Das sozialistische System sei dem "Kapitalismus" prinzipiell überlegen; aus diesem Grunde auch sei die westliche Prophezeiung, daß der "Kommunismus" früher oder später zerfalle, nur ein Wunschtraum. (3) Die Reform sei eine nicht mehr umkehrbare Strömung in den "sozialistischen" Ländern; bei ihrer Verwirklichung müsse man auch künftig die sozialistische Orientierung beibehalten. Pluralistische Ansätze dürften in den sozialistischen Ländern keinen Nistplatz finden.⁴⁸

Wer Angst hat, ruft in der Dunkelheit!

4

Außenpolitik in Aktion: Beijings Verhalten seit dem 4. Juni 1989

4.1. USA

Gegenüber den USA zeigt sich China verunsichert: Jahrelang glaubte nicht nur Beijing, sondern auch Washington, im jeweils anderen den idealen Partner im Kampf gegen den "Sowjethegemonismus" gefunden zu haben. Der USA-Besuch Deng Xiaopings i.J. 1979 markierte einen Höhepunkt des beiderseitigen Einvernehmens.

Schon nach dem Machtantritt Reagans begannen sich die Beziehungen aber einzutrüben und nach dem Tiananmen-Massaker gar einen Tiefpunkt zu erreichen. Außerdem sind die USA - als einzige noch verbliebene Supermacht - Gegenstand besonderen Mißtrauens der chinesischen Führung. Wie kühl das Verhältnis nach wie vor ist, wurde besonders beim Besuch Außenminister Bakers im November 1991 in Beijing deutlich. Ein ganzes Bündel von Streitfragen kam dabei auf den Verhandlungstisch, sei es nun die Menschenrechtsfrage, die zu einem Dauerbrenner im beiderseitigen Verhältnis geworden ist,⁴⁹ das Problem der chinesischen Raketen- und Nuklearwaffenlieferungen an die Dritte Welt und das gestörte Verhältnis in der Außenwirtschaft (Meistbegünstigung? Exportüberschüsse Chinas, Copyright- und Patentverletzungen durch die VR China; Umgehung der Importquoten durch China, Verkauf von Häftlingsprodukten in die USA). Auch Streitigkeiten in der Taiwan-Frage und nicht zuletzt in der GATT-Frage sowie atmosphärische Störungen (Empfang des Dalai-Lama durch Präsident Bush) kamen zur Sprache.⁵⁰

Selbst wenn es in der einen oder anderen Frage zur Beruhigung der Gemüter kommen sollte, ist doch zu erwarten, daß die Beziehungen zwischen Beijing und Washington noch auf lange Zeit hinaus gestört bleiben; vor allem das amerikanische Repräsentantenhaus hat sich auf China eingeschossen und versucht von Jahr zu Jahr erneut, der Volksrepublik den Meistbegünstigungsstatus zu entziehen. Wenn amerikanische Abgeordnete weiterhin am Tiananmen-Platz Blumen niederlegen und chinesische Polizei daraufhin Verhaftungen vornimmt, so darf man sicher sein, daß den gegenseitigen Animositäten noch ein langes Leben beschieden ist.

Paradoxerweise ist dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt der Fall, da sich langjährige Hauptkonflikte gerade in Luft auszulösen beginnen.

So kann Beijing beispielsweise schon jetzt davon ausgehen, daß die USA in Zukunft ihre Asien-Präsenz noch weiter verringern: Allzu tief stecken sie in einer Wirtschaftskrise, die nicht nur konjunktureller, sondern, wie sich inzwischen herausgestellt hat, struktureller Art ist: Die Schuldenlast des Bundes ist auf mittlerweile 3.000 Mrd. US\$ angewachsen, die Konkurrenzfähigkeit der Industrie (bis auf einige wenige Hightechbereiche) beinahe verlorengegangen, das Ausbildungssystem (bis auf einige wenige Eliteschulen) auf der Talsohle angelangt und die soziale Versorgung für rd. 37 Millionen US-Bürger zusammengebrochen. Vor allem die "Wildheiten der Reagan-Zeit - Aufrüstung und herrliches Leben auf Pump - haben die öffentlichen Schulden der USA schon dicht an die Höhe des jährlichen Sozialprodukts herangebracht".⁵¹

Auf einer so brüchig gewordenen Grundlage läßt sich auch der Militärapparat nicht länger im bisherigen Umfang aufrechterhalten. Bezeichnenderweise kündigte US-Präsident Bush im Januar 1992 die Kürzung des Verteidigungsbudgets um 50 Mrd. US\$ an.

Unter diesen Umständen wird auch den noch geltenden bilateralen Verteidigungsabmachungen zwischen den USA und Südkorea, USA und Japan, USA und Thailand, USA und den Philippinen, nicht zuletzt aber auch den Schutzabsprache zwischen den USA

und Taiwan weitgehend die Grundlage entzogen: Was den letzteren Fall angeht, so hat Washington bekanntlich 1979 den "Taiwan Relations Act" erlassen, der die Insel Formosa wie einen souveränen Staat behandelt und auch Sicherheitsgarantien einschließt, die zwar nicht direkt und offen, wohl aber indirekt ausgesprochen sind und in deren Vollzug die USA ja auch laufend Waffen an Taiwan weitergeliefert haben.

Nicht nur das amerikanische Militär und die US-Bündnispolitik sehen also düsteren Zeiten entgegen, sondern auch die US-Wirtschaft als Ganze, die in einer Produktionsstruktur- und Liquiditätskrise steckt und die deshalb wohl auf lange Sicht nicht mehr in der Lage ist, Investitionen wie bisher zu tätigen oder aber Entwicklungshilfe im früheren Umfang zu vergeben.

Die asiatischen Staaten wären, wie Beijing meint, gut beraten, wenn sie sich hier auf ihre eigenen Kräfte und Möglichkeiten besännen und sich möglichst "auf eigene Beine" stellten (zili gongsheng).

Hauptentwicklungshilfegeber im APR ist inzwischen Japan geworden, dessen politischer Einfluß auf Kosten der USA wächst.

Der APR ist nach alledem aufgerufen, sich mehr und mehr auf sich selbst und auf seine eigenen Kräfte zu besinnen.

Die chinesischen Regionalisierungshoffnungen haben damit neue Nahrung bekommen.

4.2

Sowjetunion, GUS und Osteuropa

4.2.1

Ambivalente Empfindungen in Beijing
Der Zusammenbruch der Sowjetunion löste bei der chinesischen Führung widersprüchliche Gefühle aus: Einerseits war sie mit einem Schlag einen Gegner los, der vor allem in den Jahren zwischen 1968 (Prag) und dem Ende der Ära Breschnews (1985) als Hauptfeind gegolten hatte und mit dem erst nach 1985 (Machtantritt Gorbatschows) eine allmähliche Aussöhnung gelungen war,⁵² andererseits aber kamen neue Ängste auf, die sich mit den Stichworten "Präzedenzfall" und "islamische Herausforderung" charakterisieren lassen.⁵³

- Als "Präzedenzfall" für China sollten die Umbrüche im Ostblock keinesfalls verstanden werden dürfen. Die KPCh-Führung gab sich alle Mühe, zu betonen, daß China mit Osteuropa und der Sowjetunion nicht in einen Topf geworfen werden dürfe, sondern daß es beträchtliche Unterschiede gebe. Die KPCh sei (1) nicht von der "Sozialdemokratie der Zweiten Internationale" beeinflusst worden, sondern habe ihre Identität durch kämpferische Auseinandersetzungen im eigenen Land gewonnen. Es gebe (2) in China eine Armee, die aus dem chinesischen Volk herausgewachsen sei. China verdanke (3) seine Befreiung dieser Armee und nicht etwa, wie dies bei den europäischen Ländern der Fall gewesen sei, der Hilfe der Roten Armee. Ferner seien (4) die kulturellen und historischen Traditionen Chinas völlig verschieden von denjenigen Osteuropas. Schließlich aber habe (5) die KPCh ihre eigene Ideologie, nämlich die Mao-Zedong-Ideen, entwickelt, und nicht einfach nur fremdes Gedankengut mechanisch kopiert.⁵⁴

Für die drastischen Ereignisse in Osteuropa seien fünf Ursachen maßgebend, nämlich (1) unzulängliche Reformen, (2) Korruptheit der Parteibürokratie und Mangel an Kontakt mit den Massen, (3) Unfähigkeit, mit Krisen fertig zu werden, (4) negativer Einfluß der Sowjetunion und (5) bürgerlich-liberale Strömungen innerhalb der einzelnen KPs; verwiesen wird hier u.a. auf Gorbatschow, dem die Mitschuld an der "Aushöhlung des Sozialismus" gegeben wurde.⁵⁵ China müsse sich hüten, dem Geist der "friedlichen Evolution" nachzugeben und ausländischen Kräften zu gestatten, Unruhe zu stiften oder Subversion zu begehen.⁵⁶

Innenpolitisch verstand es die KPCh in der Tat, den Machtverlust der Kommunisten in Osteuropa für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und ihre Kader durch drastische Präsentation von Umsturzmaterial aus Osteuropa (z.B. durch den Film "Osteuropa im Aufbruch") zu veranlassen, sich wieder enger um die Parteiführung zu scharen und die Reihen zu schließen.

Außerdem lautete die Botschaft in Parteizirkularen und Filmen dieser Art immer wieder, daß sich in China wohl ähnliche Umbrüche ergeben hätten, wäre die Führung im Juni 1989 nicht energisch gegen die "Aufständischen" vorgegangen.⁵⁷

Doch bei aller Forsicht, die nach außen hin demonstriert wurde, hinterließen die osteuropäischen Ereignisse bei den chinesischen Genossen tiefgehende Traumata: Bezeichnend hierfür die Äußerung Deng Xiaopings, daß "einige alte Genossen, als sie die Nachricht (vom Sturz Honeckers) hörten, keinen Bissen mehr hinunterbekommen konnten und schlaflose Nächte hatten". Leider habe sich in Osteuropa nun ein "Rechtsruck" vollzogen. Der Genosse Yao Yilin habe dem Genossen Honecker gesagt, daß er auf keinen Fall zurückweichen dürfe; denn Rückzug sei kein Ausweg. Bedauerlicherweise habe sich Honecker nicht an diesen Ratschlag gehalten. Kaum sei er zurückgewichen, habe sich auch schon alles in Auflösung befunden und das gesamte Kapital der Kommunistischen Partei sei auf einen Schlag verspielt gewesen.⁵⁸ China müsse jetzt dafür sorgen, daß im eigenen Land keine DDR- oder UdSSR- und schon gar keine rumänischen Verhältnisse aufkämen.⁵⁹

Darüber hinaus könnte der Zerfall der Sowjetunion bei der chinesischen Führung längerfristig zwei neue Ängste aufkommen lassen, die durch geschichtliche Erfahrungen genährt sind, nämlich einerseits die Entstehung eines slawischen Commonwealth, mit dem vor allem das China des 19. Jhdts. schlimme Erfahrungen sammeln mußte (das Rußland der Zaren hatte seine Grenzen am Ende des 19. Jhdts. bekanntlich bis zum Japanischen Meer und bis in die Mandschurei hinein ausgedehnt und China vom Norden her umfaßt!), und andererseits die Herausbildung von nicht weniger als sechs Muslim-Republiken, deren Bewohner zumeist türkischer Abstammung sind und die fast überall in den Westprovinzen Chinas, vor allem aber in Xinjiang, Volks- oder Sippenangehörige haben.

4.2.2

Offizielle Reaktionen Beijings: Geschäftsmäßigkeit

4.2.2.1

Aufnahme von Beziehungen zu den GUS-Staaten

Äußerlich gab sich Beijing unaufgeregt und nahm den Zerfall der UdSSR und die Entstehung der GUS-Staatenwelt wie in Naturereignis hin. Bereits am 7. September 1991 nahm es diplomatische Beziehungen zu den drei Baltenrepubliken auf⁶⁰ und am 27.12.1991

mit der neuen Republik Rußland. Am selben Tag richtete das Außenministerium Telegramme an die Ukraine, Weißrußland, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien, Turkmenien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Moldavien und sprach darin die Anerkennung der Unabhängigkeit dieser Republiken aus. China wolle auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit allen elf Republiken freundschaftliche Beziehungen herstellen, hieß es. China respektiere die Unabhängigkeitserklärung gemäß dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Beijing wolle alle einst mit der Sowjetregierung unterzeichneten Abkommen und Verträge weiterhin erfüllen.

Die Unterzeichnung gemeinsamer Kommuniqués über die Herstellung der diplomatischen Beziehungen folgte einige Tage später, so z.B. am 5. Januar mit Kirgisien und am 6. Januar mit Turkmenistan. In all diesen Kommuniqués kam auch die Taiwan-Klausel vor, d.h., die Volksrepublik wurde als einzige legitime Vertreterin des chinesischen Volkes und Taiwan als ein untrennbarer Bestandteil des Territoriums der VR China anerkannt. Kurzzeitige Versuche Taiwans, mit Hilfe profitabler Kredit- und Investitionsangebote einen diplomatischen Einstieg in der einen oder anderen neuen Republik zu erreichen, waren damit vereitelt.⁶¹

4.2.2.2

Osteuropa

Osteuropa nimmt sich durch die Optik der chinesischen Außenpolitik wie ein Phantom aus: zuerst hell strahlend (1949-1960), dann plötzlich in "sowjet-revisionistischer" Nacht verschwunden (1960-1985), dann wieder kurz aufglühend (1985-1989) und schließlich erneut verschwindend. Bekanntlich waren die realsozialistischen Staaten Osteuropas neben der Sowjetunion die ersten, die noch 1949, also unmittelbar nach Ausrufung der Volksrepublik, mit dem neuen Staat diplomatische Beziehungen aufnahmen, und zwar geschlossen, angefangen von der DDR über die CSSR, Ungarn, Bulgarien, Polen und Rumänien bis hin zu Albanien. Lediglich Jugoslawien folgte mit einigem Abstand, und zwar erst 1955, doch konnte China mit der "revisionistischen" Führung unter Tito nie so recht klarkommen und es gab 1963 so-

gar eine offene Polemik, in der das ZK der KPCh in einem "Offenen Brief" die Frage stellte, ob Jugoslawien überhaupt noch ein sozialistischer Staat sei. Hierbei handelte es sich um den berühmten "Dritten Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU", der von der *Volkszeitung*⁶² veröffentlicht wurde. Die Frage wurde verneint und der Verkehr mit Jugoslawien so gut wie eingefroren. Auch die Beziehungen zu den anderen osteuropäischen Staaten gingen fast auf Null zurück, nachdem diese sich im sino-sowjetischen Konflikt (1958 ff.) ganz auf die Seite der Sowjetunion geschlagen hatten.

Die chinesische Außenpolitik vollzog nun eine Pirouette: Ausgerechnet Marschall Tito nämlich, der der chinesischen Propaganda jahrelang als Prügelknabe gedient hatte, wurde nach 1968 (Prag!) immer mehr als eine Art Widerstandsheld im Kampf gegen den Sowjethegemonismus gepriesen und schließlich 1977 nach Beijing eingeladen. Auch Ceausescu fand in China wegen seiner "antihegemonistischen" Neigungen zunehmend Sympathien.

Mit dem Machtantritt Gorbatschows i.J. 1985 und dem daraufhin beginnenden sino-sowjetischen Tauwetter wurden auch die osteuropäischen Staaten wieder "zugänglicher". 1987 wurde in China zu einem Jahr regelrechter Osteuropa-Euphorie und führte im Juni zu einer Rundreise des damaligen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang durch fünf Ostblockstaaten, nämlich Polen, die DDR, die CSSR, Ungarn und Bulgarien.⁶³ In Osteuropa erhoffte sich China neue Wirtschaftspartner und glaubte außerdem Regionalisierungstendenzen entdecken zu können, die zu einer Zusammenarbeit zwischen EG und RGW führten. Nach den bekannten chinesischen Nullsummenüberlegungen würde dadurch der Einfluß der Supermacht Sowjetunion weiter zurückgeschnitten. Besonders begeistert war China von den osteuropäischen Regierungen, als sie - unter ihnen der damalige SED-Repräsentant Krenz - nach der Niedermetzelung des Studentenaufstands am Tiananmen "Verständnis" für die Regierungspolitik bekundeten.

Doch dann kam der große Schock: Eine "brüderliche" KP nach der anderen stürzte 1989 vom Sockel - im Dezember gar noch der Hauptverbündete Ceausescu.

Seit dieser Zeit kommt Beijing in Artikulationsnot, wenn es über Osteuropa zu sprechen versucht.⁶⁴

Nur mühsam kam es nach 1989 zur Wiederannäherung und zum Abschluß einiger Handelsvereinbarungen. Vor allem die alten "Sonderbeziehungen" zu Rumänien sollten auch in Zukunft fortgesetzt werden. Zumindest zum neuen Staatspräsidenten Iliescu, einem Altkommunisten, scheint China auf gleicher Wellenlänge zu funken.⁶⁵ Ansonsten aber sind die neuen freigeählten Regierungen in Osteuropa so wenig interessiert an Kontakten mit dem "sozialistischen" China, daß es nur zu peripheren Begegnungen kommt (u.a. besuchte der demokratisch gewählte Premier Marian Calfa im Dezember 1991 die VR China).⁶⁶ So sehr sich China lange Jahre im Interesse einer Schwächung der Sowjetmacht den Anschluß der osteuropäischen Länder an Westeuropa gewünscht hatte, so sehr glaubt es jetzt befürchten zu müssen, daß durch die Absorption der osteuropäischen Länder eine neue Supermacht Europa im Entstehen ist. Irgendwie stört dies den "Gleichgewichtssinn" Beijings. Am liebsten hätte es ein "Osteuropa minus Sowjetunion" als Gegengewicht zur EG gesehen: ein bißchen Balkanisierung hätte nicht geschadet! Aus den gleichen Gründen versuchte Beijing ja eine Zeitlang auch für eine Zweierlösung in Deutschland einzutreten. Doch nun zeigen sich Tendenzen zu verstärkten EG-Anbindungen nicht nur der osteuropäischen, sondern auch der meisten GUS-Staaten! Wenn das gutgeht - mag man in Beijing denken.

Am liebsten wäre der chinesischen Führung wahrscheinlich eine Dreiteilung Gesamteuropas gewesen, die sich aus einem EG-, einem osteuropäischen und einem Block der im europäischen Teil liegenden GUS-Staaten ergibt.

Im Januar 1991 söhnte sich China mit dem zur Zeit der Kulturrevolution noch als wichtigsten Freund umworbenen Albanien aus, mit dem es allerdings seit 1977 erhebliche Verstimmungen gegeben hatte. Die Wiederversöhnung erfolgte im Zusammenhang mit dem Besuch des albanischen Außenministers in Beijing.⁶⁷ Wenn sich Albanien allerdings aus dieser Wiederannäherung wirtschaftliche Vorteile erhofft hatte, so sah es sich arg enttäuscht; denn alles, was zwi-

schen beiden Seiten herauskam, war ein Dokument über die Zusammenarbeit im Rundfunkwesen sowie über Kooperation auf kulturellem, erzieherischem und wissenschaftlichem Gebiet.⁶⁸

4.2.2.3

Die Auflösung des Warschauer Pakts
Die Auflösung des Warschauer Pakts im Februar 1991 wurde von Beijing mit zwiespältigen Gefühlen aufgenommen: Auf der einen Seite verschwand damit, wie es heißt, ein ehemaliges Instrument des Sowjethegemonismus, auf der anderen Seite aber nutze die NATO leider die günstige Gelegenheit, um die osteuropäischen Länder, die so gerne nach Europa zurückkehren möchten, "zu ihrem Hinterhof zu machen".⁶⁹

4.3

Westeuropa

Das Verhältnis zu Westeuropa, das, wie schon zu den USA, durch die Juni-Ereignisse von 1989 so stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, ist inzwischen durch werbende Gesten Chinas einerseits und durch gezielte Zurückhaltung westeuropäischer Regierungen andererseits gekennzeichnet. Spätestens Anfang 1992 zeigte sich, daß Deng Xiaoping mit seiner zynischen Bemerkung von 1989 recht behalten hat, daß die Westeuropäer nach einer Zeit des Schmollens und der gespielten Zurückhaltung eines Tages doch alle wieder "antanzeln" würden, da China allzu groß sei, als daß man es auf die Dauer links liegenlassen könne.

In der Tat brach die EG-Verweigerungsfront bereits 1990 ein: Am 22. Oktober 1990 beschlossen die EG-Außenminister die Aufhebung des im Juni 1989 verhängten Boykotts gegen China und kurze Zeit später folgte das Defilee zahlreicher EG-Außenminister in Beijing: zuerst Spanien (November 1990), dann Großbritannien (April 1991), dann Frankreich (Mai 1991), sodann Italien (ebenfalls Mai 1991) und schließlich auch noch der deutsche Wirtschaftsminister. Zu erwähnen ist auch der Besuch eines europäischen Ministerpräsidenten, nämlich Andreotti in China.

Diese "Rückkehr" der Europäer war für die VR China eine große Genugtuung: Die EG bildet für das gleichgewichtsbedachte Beijing ein wichtiges Gegengewicht zur japanischen Super-

macht und ist zu einem wichtigen Handels-, Investitions- und Technologiepartner geworden. Allein zwischen 1978 und 1987 vervierfachte sich der bilaterale Handel Chinas mit der EG. Im gleichen Zeitraum hatten europäische Firmen bereits eine Summe von 1,75 Mrd. US\$ in China investiert: Dann war der 1989er-Einbruch gekommen, dessen Nachwirkungen nun - aus der Sicht Chinas - so schnell wie möglich beseitigt werden sollten.⁷⁰

In dem Versuch, bei den Europäern wieder salonfähig zu werden, unternahm chinesische Spitzenpolitiker mehrere Rundreisen durch Europa, die immer enger um den EG-Kern, nämlich die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten herumführten.

- Im Februar 1991 beispielsweise besuchte Außenminister Qian Qichen sieben europäische Länder, und zwar Portugal, Spanien, Polen, Bulgarien, Ungarn, Griechenland und Malta.⁷¹

- 1991 auch besuchte der Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Peng Chong, Finnland und Italien und ein anderer Stellvertretender Ministerpräsident, Zou Jiahua, Deutschland und Großbritannien.

- Im Januar 1992 kam Ministerpräsident Li Peng im Zusammenhang mit der geplanten Teilnahme am Weltwirtschaftsgipfel in Davos nach Italien, in die Schweiz sowie erneut nach Spanien und Portugal.

Ein weniger "belasteter" Spitzenrepräsentant vom Range des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Zou Jiahua wurde demgegenüber bereits 1991 in Bonn willkommen geheißen.

Nachdem die VR China jahrzehntelang zu den entschiedensten Befürwortern einer deutschen Wiedervereinigung gehört hatte, zeigte sie sich in dem Augenblick, da dieses Ereignis eintrat, höchst skeptisch. Zwar gratulierte die Beijinger Führung der Bundesrepublik pflichtschuldigst am 3. Oktober 1990 zur deutschen Wiedervereinigung,⁷² doch noch kurz vorher hatte sie hinter vorgehaltener Hand einer Zwei-Staaten-Lösung in Deutschland das Wort gesprochen.⁷³

Aus Beijinger Sicht war bereits die "Noch-DDR" von Westdeutschland schlicht überfahren worden.⁷⁴

Wiederholte Male auch hatte die chinesische Presse darauf hingewiesen, daß die anderen EG-Länder ebenfalls über die deutsche Wiedervereinigung besorgt seien.⁷⁵

4.4

Asien - der inzwischen friedlichste aller Kontinente

4.4.1

Abbau der alten Ost-West-Konflikte

Die neue, so überaus auf Stabilität bedachte Zielsetzung Chinas fügt sich besonders trefflich in die derzeitige Lage Asiens ein, das zu Beginn der 90er Jahre zum mit Abstand friedlichsten Kontinent geworden ist, und das übrigens gerade deshalb aus dem Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit wie durch eine Falltür verschwunden ist. Wo nicht geschossen wird, da ist es uninteressant, auch wenn dort in der neuen friedlichen Atmosphäre jene wirtschaftlichen Kräfte gedeihen, mit denen sich der industrialisierte Westen schon in wenigen Jahren wird auseinandersetzen müssen!

Noch vor wenigen Jahren sah die Lage in Asien ganz anders aus: Es gab Spannungen zwischen China und der Sowjetunion um Afghanistan, Indochina und entlang der gemeinsamen Grenzen; in Vietnam, Kambodscha und Ostlaos tobte bis 1972 der Zweite Indochinakrieg; 1975 fand die "Ho-Chi-Minh-Kampagne" Nordvietnams gegen den Süden statt. Gleichzeitig eroberten die Roten Khmer Kambodscha und verwandelten das Land in ein einziges Konzentrationslager; China führte 1979 einen "Erziehungsfeldzug" gegen Vietnam durch und unterstützte mehrere Guerillabewegungen in den drei indochinesischen Staaten, nachdem es schon vorher die Aufständischen in den meisten ASEAN-Staaten mit Waffen und Ausbildungshilfe versorgt hatte. Zwischen China und Indien gab es nach wie vor Spannungen im beiderseitigen Grenzgebiet; in Korea standen sich die beiden feindlichen Brüder Gewehr bei Fuß gegenüber, und in Birma wollte der Dauerkrieg zwischen Regierungstruppen und aufständischen Minoritäten kein Ende nehmen.

All diese Konflikte scheinen inzwischen wie von der Landkarte verschwunden.

Erstaunlicherweise gibt es auch keine größeren in Asien sich überschneidenden Interessengegensätze der Groß-

mächte mehr, nachdem die USA sich 1972 aus Indochina und die Sowjetunion sich 1989 aus Afghanistan zurückgezogen haben.

1989 auch begann sich die Sowjetunion von ihrer so lange Zeit umstrittenen Marinebasis in der Cam-Ranh-Bucht in Vietnam zurückzuziehen, und kurze Zeit später wurde die Auflösung der US-Basen auf den Philippinen bekanntgegeben. Zwar verkündete US-Präsident Bush am 4. Januar 1992 bei seinem Besuch in Singapur, daß die amerikanische Marine in dem südostasiatischen Stadtstaat eine Ersatzbasis eröffnen wolle, doch handelt es sich hier offensichtlich nur noch um eine Miniaturausgabe von Subic Bay!

Ferner gibt es immer noch einige Militärpakte wie den ANZUS Security Treaty von 1951 zwischen Australien, Neuseeland und den USA, ferner das ANZUK (Australian New Zealand United Kingdom)-Fünf-Mächte-Bündnis von 1971⁷⁶ und ähnliche Vereinbarungen; doch nehmen sie sich in der heutigen Welt wie Mumien aus, die neue Sicherheitsüberlegungen eher behindern als stärken, zumal sie ihre alte "Geschäftsgrundlage", nämlich den Kampf gegen "den" Kommunismus, längst verloren haben.⁷⁷

Der "Wettkampf der Systeme", der Asien so lange in seinen Bann gezogen - und auseinandergerissen - hatte, ist klar zugunsten "des Westens" ausgegangen. Der Realsozialismus als Alternative hat seine Attraktivität verloren. Niemandem fiel es heute noch ein, nach Moskau, Hanoi oder nach Beijing zu blicken, um sich Anregungen zu holen. Automatisch wendet sich heute der Blick vielmehr auf Japan, Taiwan, Hongkong, Singapur oder Südkorea, vielleicht auch schon auf Thailand. Heutzutage fallen die Dominos in die umgekehrte Richtung. Aufweichungserscheinungen dieser Art lassen sich vor allem in Vietnam beobachten, aber auch China wird immer stärker in die Weltwirtschaft und ihre Marktmechanismen hineingezogen.

Sogar die Präsenz amerikanischer GIs in Korea scheint angesichts der inzwischen angelaufenen Wiedervereinigungsdebatte als nur noch peremptorisch. Auch die Ansprüche Japans gegen Rußland auf die vier Kurilen-Inseln sind nicht so gravierend, daß sie die Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten auf die Dauer blockieren könnten.

Hauptgrund für die rasche Entspannung war der Zusammenbruch der Sowjetunion und - Hand in Hand damit - auch das Verschwinden einer aggressiv präsentierten Totalalternative, die in Asien vier Jahrzehnte lang Faszination und Abscheu ausgelöst und die die asiatische Staatenwelt in pro- und antikommunistische Lager aufgespalten hatte: Man vergesse nicht, daß beispielsweise die 1967 entstandene ASEAN-Gemeinschaft ganz im Zeichen des Antikommunismus gegründet wurde, und daß sie zusätzliche Konsolidierungsimpulse vom Sieg der "kommunistischen Kräfte" in Indochina empfangen hatte.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entfiel auch der Konflikt zwischen Moskau und Beijing, verlor das vietnamesische Engagement in Kambodscha seinen Rückhalt und fiel nicht zuletzt auch die Notwendigkeit für eine Weiterführung des kalten Kriegs in Korea weg. Sogar der chinesisch-indische Konflikt verlor an Brisanz. Auch die Mongolei konnte sich nun freier bewegen. Nachdem sie 1989 von einer Emanzipationsbewegung erfaßt worden war und einen bemerkenswerten Demokratisierungsprozeß erlebt hatte, ging sie 1990 auf Normalisierungskurs und schloß am 7. Mai 1990 mit der VR China, also einem ihrer beiden Nachbarn, ein Sieben-Punkte-Kommuniqué, demzufolge das gegenseitige Verhältnis auf die Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gestellt werden sollte.⁷⁸

Hinzu kam aber auch ein Führungswechsel in den meisten asiatischen Staaten, der entweder schon vollzogen ist oder aber unmittelbar bevorsteht - man denke an die begrenzten Perspektiven der Gerontokraten in Beijing und Pyongyang, an den Machtwechsel in Südkorea, der durch Präsidentschaftswahlen nachträglich legitimiert wurde, an das Ableben Jiang Jinguos in Taiwan, das mit einer authentischen Demokratisierung Hand in Hand ging, an den Rücktritt Lee Kuan Yews in Singapur sowie an die bevorstehenden Machtwechsel in Indonesien (Präsident Suharto) und auf den Philippinen (Präsidentin Aquino).

4.4.2

Japan

Mit Tokyo will Beijing in enger Verbindung bleiben. Grundlegend für das beiderseitige Verhältnis sind zwei hi-

storisch zu nennende Dokumente, nämlich die "Chinesisch-Japanische Gemeinsame Erklärung" und der "Vertrag zwischen China und Japan über Frieden und Freundschaft" von 1972. Hier ist vorgesehen, daß die Zusammenarbeit nicht nur kurzfristig, sondern mit langem Atem - "bis weit ins 21. Jhdt. hinein" - fundamementiert sein soll.

Störungen, wie sie immer wieder auftreten (die Japaner werfen den Chinesen z.B. das Beijing-Massaker, die Chinesen umgekehrt den Japanern das "Nanjing-Massaker" von 1937 vor), sind demgegenüber eher atmosphärischer Art und dürften den Wirtschafts- und Technologieaustausch langfristig kaum beeinträchtigen. Japan war bezeichnenderweise das erste Land, das der VR China nach den Tiananmen-Ereignissen wieder Regierungskredite einräumte.

Japan ist auch der wichtigste Handelspartner Chinas und einer der Hauptinvestoren auf dem Festland.

Zwei Seelen wohnen auch heutzutage in der chinesischen Brust, wenn es um Japan geht:

Einerseits ist Japan der ideale Wirtschafts- und Technologiepartner, dessen Wert gerade im Zeichen der 1989 über China verhängten Boykottpolitik wieder einmal besonders deutlich wurde. Die japanische Geschäftswelt hatte sich von diesem Kurs bekanntlich wenig beeindruckt lassen. Bereits im September 1989 waren mehr als zwei Drittel der 333 in Beijing niedergelassenen japanischen Firmen wieder zur Tagesordnung übergegangen. Im gleichen Monat war auch schon wieder "Normalität" im Chinahandel Japans eingekehrt, und zwar nicht nur, was die Umsätze, sondern auch, was die Zahl und die Qualität der Kontakte mit chinesischen Partnern anbelangte.

Andererseits glaubt man in Beijing, erneut Befürchtungen gegenüber Japans "Großmachtambitionen" und gegenüber der japanischen "Remilitarisierung" hegen zu müssen. China kalkuliert damit, daß Japan sich aus einer wirtschaftlichen in eine politische Großmacht verwandeln könne. Dies sei durchaus zu begrüßen, solange Japan damit zum Frieden beiträgt. Doch leider nehme auch die militärische Stärke des Inselstaats laufend zu - ein

Alarmzeichen für das vom japanischen Militarismus so schwer heimgesuchte China! 1990 habe Japan für die Verteidigung rd. 30 Mrd. US\$ ausgegeben und sich damit hinter den USA und der Sowjetunion an die dritte Stelle geschoben. Sogar in den Golfkrieg habe sich Japan militärisch einschalten wollen - ein für China unerträglicher Gedanke!⁷⁹

Aus der Sicht der Chinesischen Militärakademie, die mit der Ausbildung des militärischen Spitzenoffiziersnachwuchses betraut ist, zeigt Japan eine permanente Militarisierungstendenz: Ursprünglich gab es dort nach 1945 nur die Landesverteidigung, später kam der Küstenschutz hinzu und heute habe sich die japanische Strategie bereits auf die Verteidigung der Meerenge von Malakka eingestellt. Japans Versuch, Truppen in den Golfkrieg zu entsenden, habe gezeigt, daß dieses Land auf diesem verhängnisvollen Weg weitergehen wolle. Aus einer Wirtschaftsmacht habe sich Japan zu einer politischen Macht fortentwickelt und sei im Begriff, auch eine Militärmacht zu werden. Schon heute stünden seine Militärausgaben gleich hinter denen der USA und der UdSSR an dritter Stelle in der Welt; was gar seine technologischen Fähigkeiten anbelange, so müsse man bedenken, daß ausgerechnet japanische Chips in den während des Golfkriegs so erfolgreichen Patriot-Abwehraketen der Amerikaner ihren Dienst geleistet hätten. Die USA könnten eine weitere Ausdehnung der Militarisierung Japans wohl kaum verhindern.⁸⁰

Bei allen Vorwürfen, die China den Japanern entgegenhält, steht es doch nach wie vor hinter der japanischen Forderung nach Rückgabe der vier Kurilen-Inseln, die einstweilen noch von GUS-Streitkräften besetzt sind.

Aus der Sicht Chinas - aber auch aus der Perspektive der meisten anderen APR-Staaten - müßte Japan, wenn es von seiner Umgebung langfristig akzeptiert werden soll, folgende Eigenschaften annehmen: geringe Bewaffnung (die gerade zur Selbstverteidigung ausreicht), Führer in moderner Technologie, Rekordhalter in Entwicklungshilfe, Großbanker und Großinvestor, der auch an das Wohl der anderen Volkswirtschaften denkt. "Militarismus", fortdauernder Protektionismus und wirtschaftlicher Egoismus, der die Nachbarn in die roten Zahlen führt, verursachen schon heute da und dort Kopfzerbrechen!

4.4.3

Korea

Ein Verdienst der Diplomatie Beijings ist es nicht zuletzt auch, daß sogar auf der koreanischen Halbinsel die Spannungen erheblich zurückgegangen sind, daß in der Zwischenzeit Wiedervereinigungsgespräche begonnen haben und daß beide koreanische Staaten inzwischen gesondert der UNO beigetreten sind.⁸¹

China nimmt bei seiner Koreapolitik inzwischen durchaus auch in Kauf, daß der - seit 1950 so "freundschaftlich" umworbene - Norden vom dynamischen Süden ähnlich aufgesaugt werden könnte wie die ehemalige DDR von der Bundesrepublik Deutschland. Der Norden ist dem Süden, was wirtschaftlichen Standard und vor allem "Entwicklungsrichtigkeit" anbelangt, hoffnungslos unterlegen. Wie in der alten Sowjetunion erdrücken die Militärausgaben die Zivilwirtschaft und wie dort mangelt es auch hier an Konsumgütern. Die Devisenkasse ist ausgeblutet, der Maschinenbestand der Industrie veraltet.

Fast genauso kraß ist es um das politische und ideologische Gefälle bestellt: Die Kim-Dynastie hat mit ihrem Personenkult, ihrem Jubelmarxismus und ihrem Isolationismus ein Vakuum geschaffen, in das, sobald die Ventile einmal geöffnet werden, die Außenwelt mit verheerender Wirkung implodieren dürfte. Für Beijing ist diese Möglichkeit kein Angsttraum mehr, vor allem nachdem die VR China in den letzten Jahren immer näher an Südkorea herangerückt ist: Zwar gibt es noch keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Seoul, doch wurde am 30. Januar 1991 in Beijing eine Ständige Handelskommission Südkoreas eröffnet, die, wie man die Sache auch dreht und wendet, als Vorstufe für eine spätere Botschaft zu begreifen ist. Angesichts des steigenden südkoreanisch-chinesischen Handels, der sich bis jetzt fast ausschließlich durch das Nadelöhr Hongkong bewegt hatte, war die neue Handelsmission auch alles andere als bloßer Zierat! Da das Potential des Wirtschaftsaustausches zwischen beiden Nachbarn enorm ist, kann es auf die Dauer nicht bei bloß technischen Verbindungen bleiben. In dem Augenblick, da Nordkorea seine Zustimmung gibt, dürfte der volksdiplomatische Kontakt zu einem voll diplomatischen

Verhältnis aufgewertet werden.⁸² In-geheim dürfte Beijing schon heute auf Pyongyang Druck ausüben, sich in dieser Richtung zu bewegen.

4.4.4

Hongkong und Taiwan

Alle Bemühungen Beijings um eine konstruktive und friedfertige Außenpolitik haben bisher allerdings das Mißtrauen in Hongkong und Taiwan nicht abbauen können.

In Hongkong ist das Unbehagen gegenüber der VR China vor allem nach den Tiananmen-Ereignissen wieder gewachsen; jedoch ergeben sich hieraus für China keine Sicherheitsprobleme. Vielmehr ist der Übergang der Herrschaft über die bisherige Kronkolonie an die Volksrepublik am 1. Juli 1997 mittlerweile so fest programmiert (und zwar sowohl in der sino-britischen Erklärung von 1984 als auch im Grundgesetz vom 4.4.1990), daß keine Macht der Welt noch etwas daran ändern könnte. Was den Hongkongern übrigbleibt, wäre allenfalls die Flucht, die jedoch für die meisten Bewohner der Kronkolonie utopisch bleibt.

Taiwan befindet sich dem Koloß VR China gegenüber in einer permanenten militärischen Defensivposition, nachdem die VR China nach wie vor nicht bereit ist, einen Angriffsverzicht auszusprechen, ja militärische Maßnahmen sogar für den Fall angedroht hat, daß sich in Taiwan Entwicklungen ergeben sollten, die eine Wiedervereinigung auf die Dauer blockieren.

Umgekehrt freilich könnte es für die VR China ein wirtschaftliches "Ansteckungsrisiko", also eine indirekte Gefahr geben. Vor allem die Bevölkerung Südkinas hat begriffen, daß das langsame Tempo des Wirtschaftsfahrzeugs China nicht durch Benzinmangel, sondern durch dauerndes Bremsen verursacht ist und daß das Tempo sich gewaltig erhöhte, könnten die Betriebe nur einmal ungehindert Gas geben. In der Tat wird sich die Weltwirtschaft auf völlig neue Dimensionen einzustellen haben, sollte sich der Koloß China eines Tages taiwanisieren oder aber hongkongisieren.

4.4.5
Südostasien

4.4.5.1

Einst...

Auch Südostasien, das so viele Jahrzehnte lang unter inneren und äußeren Bedrohungen hatte leiden müssen

(man denke an die - von China unterstützten - Guerillabewegungen in den einzelnen Staaten, an innerregionale Konflikte - z.B. zwischen Malaysia und Indonesien, Indonesien und Singapur oder ASEAN-Staaten und Indochina-Staaten - und auch an die langjährigen Gefahren von außen her), ist inzwischen zu einer Oase des Friedens geworden: Der Kambodscha-Konflikt hat sich zumindest einstweilen beruhigt, Vietnam hat seine Truppen aus Laos und Kambodscha zurückgezogen und vor allem hat sich auch die Spannung zwischen Thailand und Vietnam gelegt. Kein Land Südostasiens wird heute mehr direkt von einem anderen bedroht - allenfalls in Singapur herrscht noch ein gewisses Gefühl der Unsicherheit gegenüber den malaiischen Nachbarn vor, die allerdings auch mehr aus der Vergangenheit als von Zukunftsängsten herrührt und die in Zukunft noch dadurch gedämpft werden dürfte, daß die USA einen Teil ihrer Marinestreitkräfte von Subic Bay nach Singapur verlegen (dies wenigstens kündigte US-Präsident Bush bei seinem Singapur-Besuch am 4.1.1992 an).

Malaysia und Indonesien, die sich während der 60er Jahre im Zeichen der Konfrontasi-Politik Sukarnos noch Gewehr bei Fuß gegenüberstanden, arbeiten heutzutage militärisch zusammen und führen gemeinsame Manöver der drei Streitkräfte durch.

Indonesien hat allerdings in seinen eigenen Grenzen noch verschiedene Sorgen, vor allem in Westirien und in Osttimor. Doch sind die hier offen ausgebrochenen Konflikte keineswegs existenzgefährdend. Außerdem besteht Aussicht, daß sie in Konsultationen mit Australien und Papua-Neuguinea auch politisch weiter entschärft werden. Insgesamt zeigt sich eher eine Tendenz zur Entspannung.

4.4.5.2

...und jetzt

4.4.5.2.1

ASEAN

Mit den ASEAN-Staaten unterhält China inzwischen Beziehungen friedfertigster Art. Sogar mit dem jahrzehntelangen Hauptfeind in der Region, Indonesien, wurden am 3. Juli 1990 die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen.⁸³ Kurze Zeit später folgte ein ähnlicher Schritt in Richtung Singapur.⁸⁴

Der hohe Stellenwert der ASEAN-Länder für die VR China wurde erneut im August 1990 durch einen Besuch Li Pengs in Indonesien und im Dezember 1990 durch einen Vier-Länder-Besuch (Malaysia, die Philippinen, Laos - und Sri Lanka) bekundet.⁸⁵ Im Oktober 1991 kam Staatspräsident Yang Shangkun nach Thailand und Indonesien.⁸⁶

Wieder einmal konnte sich China dabei ins Gedächtnis rufen, daß die sechs ASEAN-Staaten zusammen inzwischen zum fünftgrößten Handelspartner der Volksrepublik aufgerückt sind. Vor allem der chinesisch-indonesische Handel macht schnelle Fortschritte und hatte bis Ende 1990 bereits die 1-Mrd.US\$-Grenze überschritten.

Auch die militärische Präsenz der einst so gefürchteten Supermacht in Südostasien kann China inzwischen nicht mehr schrecken.

Das philippinisch-amerikanische Stationierungsabkommen für Subic Bay, die größte überseeische Marinebasis der USA, lief im September 1991 aus. Der Ausbruch des Vulkans Pinatubo und der Rückzug der sowjetischen Marineverbände aus Cam Ranh sowie aus Da Nang (in Zentralvietnam) erleichterte den Amerikanern den Verzicht auf Subic Bay. Allerdings wollen sie einen Teil ihrer Marinestreitkräfte künftig in Singapur stationieren (wie US-Präsident Bush am 4.1.1992 in Singapur bekanntgab).

Die Erweiterung der indischen und chinesischen Marinepräsenz bei gleichzeitiger Ausdünnung der US-Präsenz veranlaßt einige ASEAN-Staaten zu Aufrüstungsüberlegungen, da sie nicht zulassen können, daß im ASEAN-Bereich ein militärisches Vakuum entsteht, das von den "neuen" - und diesmal asiatischen - Großmächten aufgefüllt werden könnte.

4.4.5.2.2

Indochina

Auch mit den drei Indochinaländern hat sich China inzwischen wieder ausgesöhnt, vor allem mit Vietnam.⁸⁷

Indochina schickt sich nach zehn Jahren regionaler Auseinandersetzungen (1979-1989) an, von einem Kampfplatz zu einem Marktplatz zu werden, von dessen wirtschaftlichen Möglichkeiten inzwischen immer mehr Länder Asiens, vor allem Taiwan, Hongkong und Süd-

korea, Gebrauch machen: Nirgends ist die Arbeitskraft heutzutage so "preiswert" wie in Vietnam. Kein Wunder, daß eine immer teurer werdende Volkswirtschaft wie Taiwan hier als Investor an die Spitze gegangen ist.

Vietnam wird von den USA - und einer Reihe westlicher Staaten - zwar nach wie vor boykottiert, doch ist die Frage der Aufhebung dieser Blockade nur noch eine Frage der Zeit. Bezeichnenderweise hat US-Präsident Bush am 4.1.1992, und zwar von Singapur aus, die Aufhebung des US-Embargos gegen Kambodscha bekanntgegeben - eine wichtige Präzedenzerklärung auch für Vietnam!

Innerhalb Kambodschas könnte der Bürgerkrieg zwar noch lange weitergehen, doch scheint inzwischen festzustehen, daß die Macht in Phnom Penh, die dort auf mehrere Schultern verteilt ist (UNTAC, ONR und SK-Regierung) die Fäden in der Hand behalten und sich auf die Dauer gegen die Untergrundarmee der Roten Khmer durchsetzen kann, zumal diese in der Zwischenzeit nicht mehr von ihrem Hauptprotektor, der VR China, unterstützt werden.

Thailand sieht sich inzwischen als Dreh- und Angelpunkt einer im Entstehen begriffenen Wirtschaftszone Festland-Südostasien, die schon heute die drei Indochinastaaten miteinbezieht und die möglicherweise eines Tages auch Myanmar mit umfassen könnte.

4.4.5.2.3

Hoffnungen und Sorgen

Die ASEAN-Gemeinschaft besitzt zwar keinen eigenen militärischen Arm, doch hat sie sich als politisches Integrationsinstrument höchst eindrucksvoll in Szene gesetzt und strahlt inzwischen so viel Vertrauen und Anziehungskraft aus, daß sogar Vietnam bereits Interesse bekundet hat, Mitglied dieser Allianz zu werden. Sollte sich das ASEAN-Bündnis eines Tages auf alle zehn südostasiatischen Staaten erstrecken, so würde sein Gewicht noch zunehmen.

Einer der Hauptbefürworter einer solchen Einigung ist übrigens ausgerechnet jene VR China, die den meisten ASEAN-Staaten lange Zeit als Hauptbedrohung gegolten hatte!

Mit einer gewissen Besorgnis verfolgen die ASEAN-Staaten die maritime Expansion sowohl Chinas als auch Indiens. Die chinesische Südflotte, die in Zhanjiang und z.T. auch in Sanya auf der Insel Hainan stationiert ist, kreuzt immer häufiger im Bereich der Spratley-Inseln und der Malakka-Straße auf.

Diese zunehmende Expansion Chinas ins Südchinesische Meer dient der Republik Indien als Hauptbegründung für den Aufbau eigener Marineeinrichtungen auf den Andamanen und auf den Nikobaren am westlichen Eingang der Malakka-Straße. Schon heute operiert die indische Marine vom ostafrikanischen Horn bis hinüber zur Malakka-Straße und veranlaßt damit die Generalstäbe in Bangkok und Kuala Lumpur zu Forderungen nach einer Verstärkung der eigenen Hochseeverbände.

4.4.6

Südasiens

Zu den sieben Ländern Südasiens hat die VR China seit Jahrzehnten ein gespaltenes Verhältnis. Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka und Bhutan zählen zu den Freunden, während im Verhältnis zu Indien und zu dem eng in den indischen Unionsverband eingegliederten Sikkim Spannungen bestanden.

Aus der Sicht Beijings war es nur konsequent, wenn Ministerpräsident Li Peng den "drei guten Nachbarn in Südasiens", nämlich Pakistan, Bangladesch und Nepal schon wenige Monate nach dem 4.Juni 1989 einen Besuch abstattete, nämlich im November 1989.⁸⁸ Hier konnte China noch am ehesten "Verständnis" erwarten.

Im Oktober 1991 reiste ferner Staatspräsident Yang Shangkun in jene beiden Länder, die an der "Nahtstelle" zwischen "Asien" und "Nahost" liegen und überdies zu den jeweils wichtigsten Partnern Chinas in ihren Regionen gehören, nämlich nach Pakistan in Südasiens und Iran im Nahen Osten.⁸⁹ Mit der Auflösung der Sowjetunion und der Normalisierung der Beziehungen zwischen Delhi und Beijing nimmt die Bedeutung dieser beiden Länder allerdings für China ab, ja sie könnten sich eines gar nicht so fernen Tages sogar als höchst problematisch erweisen, sollten sie der Versuchung nachgeben, islamische Impulse nach Zentralasien hinein wirken zu lassen und

damit fundamentalistische Unruhen (Khoumeini!) nicht nur in die GUS-Islam-Staaten, sondern auch nach Xinjiang hineinzutragen. Vor allem gilt dies für den Iran, von dem die Chinesen Fingerspitzengefühl erhoffen.

Besonders bedeutsam aber wurde die Aussöhnung zwischen China und Indien, den beiden größten Entwicklungsländern der Welt, die rund zwei Fünftel der gesamten Weltbevölkerung auf sich vereinigen. Wie sehr sich die Spannungen zwischen diesen beiden Nachbarstaaten inzwischen gelockert haben, wurde vor allem beim Besuch Li Pengs Mitte Dezember 1991 in der Republik Indien deutlich. Die meisten Altlasten, die sich seit Ende der 50er Jahre aufgebaut hatten, sind inzwischen verschwunden: Man denke etwa an die engen Verbindungen Indiens mit der Sowjetunion, mit Vietnam und mit VRK-Kambodscha, die für China jahrelang ein rotes Tuch waren, die aber durch die Veränderung der Weltlage ihre Brisanz verloren haben; auch die Verärgerung Beijings über die "Annexion Sikkims" durch Indien ist inzwischen vergessen und sogar Tibet löst nur noch ein Rest-Unbehagen aus.

Verbleiben an Streitigkeiten eigentlich nur noch drei Punkte, nämlich die Grenzfrage, das nach wie vor enge - und für Indien ärgerliche - Verhältnis Chinas zu Pakistan und, drittens, die sozusagen "natürliche" Rivalität zwischen den beiden größten Staaten Asiens, die sich darin ausdrückt, daß beide sich konkludent Regionalhegemonismus vorwerfen, der nicht so ohne weiteres hingenommen werden könne:

- In der Außenpolitik Indiens stehen drei Ziele im Vordergrund: Es will erstens Ordnungsmacht in der Region Südasien bleiben, zweitens einen der VR China vergleichbaren internationalen Status erreichen und drittens als einer der führenden Dritt-Welt-Staaten international eine entsprechende Rolle spielen. Zu diesem Zweck hat es die viertgrößte Armee der Erde aufgebaut, sich Mittelstreckenraketen zugelegt und eine Atomwaffe entwickelt, die verniedlichend "Nuclear Device" genannt wird.

- Die VR China umgekehrt will sowieso eine Rolle spielen, die noch etwas ambitionierter ist als diejenige Indiens: An Atomwaffen und an militärischem Standard ist die VR China dem

indischen Nachbarstaat seit langem überlegen, gar nicht zu reden von seiner Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuß des UNO-Sicherheitsrats.

Beide haben sich in der Zwischenzeit aber vorgenommen, mit diesen Konkurrenzvorstellungen zu leben und mehr die Gemeinsamkeiten als die Differenzen zu betonen. Vor allem verhandeln sie inzwischen über den Verlauf der lange Zeit so strittigen rd. 2.000 km langen gemeinsamen Grenzen, die an drei Stellen streitig sind und deretwegen es auch schon eine Reihe militärischer Auseinandersetzungen gegeben hat. Vermutlich setzen sich dabei die chinesischen Vorstellungen von einem Paketaustausch durch, demzufolge China die westlichen Teile (zwischen Xinjiang und Tibet) behalten soll, während Indien die umstrittenen Teile im Ostsektor, also entlang der McMahon-Linie erhält. Ohnehin handelt es sich bei der bisherigen Grenzziehung um britische Maßnahmen, die beiden Seiten anfangs - und lange Zeit - durchaus fremd waren.⁹⁰

Meinungsverschiedenheiten sind inzwischen allerdings im Zusammenhang mit der wachsenden indischen Marinepräsenz im Indik und im Bereich der Malakkastraße aufgetaucht (dazu Näheres oben 4.4.5.2.3).

4.4.7

Der Stellenwert des APR in der Außenpolitik Beijings

4.4.7.1

Wirtschaftliche Interessen und APEC-Mitgliedschaft

Aus wirtschaftlichen und nur nebenbei auch noch aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus interessiert sich die Volksrepublik neuerdings besonders für die Zusammenarbeit mit der Region Westpazifik und nahm in diesem Zusammenhang Mitte November 1991 an der APEC(Asia Pacific Economic Cooperation)-Konferenz in Seoul teil. Die Wirtschaftsentwicklung vollziehe sich dort, wie man in Beijing beobachtet hat, höchst dynamisch. Während die Zuwachsrate der Weltwirtschaft 1988 bei 4,1%, 1989 bei 3,2% und 1990 bei 2% lag, erreichte sie im APR (asiatisch-pazifischen Raum) 1989 und 1990 je 4,5%! Die einzelnen westpazifischen Staaten haben ihre Importzölle laufend reduziert und dadurch erheblich zum innerregionalen Austausch beigetragen; da-

durch sind sie gleichzeitig auch von den USA unabhängiger geworden. Die Dynamik des Raums werde vor allem von den "Vier kleinen Drachen" (Singapur, Südkorea, Taiwan und Hongkong) sowie von den ASEAN-Ländern und Japan getragen und durch den wachsenden Protektionismus in Amerika und Europa gefördert.⁹¹

Aus Überlegungen dieser Art trat die Volksrepublik - zugleich übrigens mit Taiwan und Hongkong - der APEC als Mitglied bei. Neben wirtschaftlichen dürften sicherheitspolitische Kalküle nur am Rande maßgebend gewesen sein.

Alles in allem ist es um die Sicherheitslage zu Beginn der 90er Jahre im APR ja besser bestellt als jemals seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Lediglich auf den Philippinen, in Myanmar, in Nordkorea und in Kambodscha gibt es noch einzelne Gefahrenherde, denen vielleicht auch mögliche ethnische Konflikte in Tibet und Xinjiang sowie in Westirien und auf Osttimor zuzurechnen wären - nicht zu vergessen der Konflikt um die Spratleys im Südchinesischen Meer.

Im allgemeinen aber gilt die Sorge nicht militärischen Angriffen, sondern den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsproblemen. Anders als im Sudan, Tschad oder Äthiopien und anders auch als im Irak und im Gebiet der Palästinenser geht es also in Asien nirgends um Militär-, sondern fast überall um Wirtschaftsbelange. Die Hauptaufmerksamkeit der Regierungen konzentriert sich deshalb inzwischen auf das Wirtschaftswachstum, auf den Wettbewerb um die Einwerbung ausländischer Investitionen, auf protektionistische und antiprotektionistische Maßnahmen sowie auf wirtschaftliche Reformen. Der "Kampf" zwischen den Staaten geht nicht mehr um Basen, um Territorien oder um Ideologien, sondern um Markt- und um Technologieanteile.

Unter diesen Umständen geht es nicht mehr in erster Linie um Waffenbesitz, sondern darum, wirtschaftlich und technologisch die Nase vorn zu haben. Diese Einsicht hat sich nicht nur im APR, sondern zwischenzeitlich auch in China durchgesetzt.

Nach chinesischer Meinung⁹² besteht "die Besonderheit und Überlegenheit" des APR in seinen umfangreichen Ge-

bieten, seinen reichen Ressourcen, seiner geballten Menschenkraft, ferner in gegenwärtig jährlichen Zuwachsraten von 8%, in der Herausbildung einiger Entwicklungskerne (Japan, die Vier kleinen Drachen und mehrere ASEAN-Länder) und in der systematischen Aufbereitung des wirtschaftlichen Umfelds für Investitionen, Schulung und Technologietransfer. Im APR gebe es außerdem keine einander entgegengesetzten Militärböcke. Freilich bestünden andererseits starke wirtschaftliche, kulturelle, religiöse und sprachliche Unterschiede, so daß es nicht möglich sei, im APR eine ähnlich hoch integrierte Gemeinschaft zu schaffen wie die EG in Europa. Um so mehr empfehle es sich, daß die Länder des APR zueinander in einem Verhältnis der friedlichen Koexistenz stehen und darauf achten, daß sich keine exklusiven Gruppen bilden und daß nirgends Protektionismus aufkommt.

Die meisten asiatisch-pazifischen Staaten wünschen langfristig in atom- und chemiewaffenfreie Zonen zu leben - im Gespräch ist eine solche Zone beispielsweise in der Himalayaregion, auf der koreanischen Halbinsel, im ASEAN-Bereich und im Südpazifik, wo vor allem Neuseeland durch die Proklamation von Raratonga "atmosphärische" Tatsachen geschaffen hat.

Neuseeland ist übrigens auch derjenige südpazifische Staat, der am heftigsten gegen die französischen Nuklearversuche auf den Bikini-Inseln protestiert und der überdies amerikanischen Kriegsschiffen die Zufahrt in neuseeländische Häfen verweigert hat, weil die Schiffsbesatzungen sich weigerten, Auskunft darüber zu geben, ob sie Nuklearwaffen an Bord hätten.

Nukleare Störenfriede in Asien sind China, Indien und möglicherweise auch Pakistan und Nordkorea. Von diesen vier Staaten hat sich immerhin China in der Zwischenzeit "grundsätzlich" bereit erklärt, dem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen beizutreten.

Angesichts der inzwischen so entwicklungsorientierten Bestrebungen der Länder des APR ist der Einfluß der wirtschaftlich fortgeschritteneren Länder des Raums schnell im Wachstum begriffen.

Vor allem muß Japan mittlerweile als die vielleicht "mächtigste" Nation in der Region gelten. Ähnlich wie Lenin

einst den Sozialismus als "Sowjets + Elektrizität" definierte, ließe sich heute im Zusammenhang mit Japan die Formel "Macht = Wirtschaftskraft + Entwicklungsrichtigkeit" aufstellen. Der Untergang des sozialistischen Commonwealth war vor allem dadurch bewirkt worden, daß die meisten seiner ursprünglich durchaus nicht armen Staaten infolge der dogmatischen Erstarrung ihrer Führungen nicht mehr in der Lage waren, ihre Volkswirtschaften den modernen Sachzwängen anzupassen, so daß die politischen Systeme wie Dinosaurier abstarben. "Entwicklungsrichtigkeit" ergibt sich, um dies nochmal zu betonen, letztlich daraus, daß eine politische Einheit den drei modernen "Gesetzmäßigkeiten" der Demokratisierung, der Ökonomisierung und der Regionalisierung Rechnung trägt und sich ihnen nicht dogmatisch verschließt. Eine asiatisch-pazifische Gemeinschaft, die dieser Einsicht Folge leistet, gerät beinahe "gesetzmäßig" in Aufwind. Kein Zufall ist es, daß einige der asiatischen Musterschüler, die diese Lektion verinnerlicht haben, inzwischen zu den wohlhabendsten Gesellschaften des APR gehören, nämlich Japan, die "Vier kleinen Tiger" sowie Thailand und in Kürze wohl auch Malaysia.

China andererseits versucht, seinen Aufstieg mit der "Ökonomisierung" allein zu schaffen, der Demokratisierung aber so weit wie möglich auszuweichen. Es begibt sich damit auf einen zweifelhaften Kurs, der auf die Dauer nicht durchzuhalten sein dürfte.

Gleichzeitig muß es versuchen, sich mit den "großen und kleinen Tigern" des Raums, u.a. Taiwan, wirtschaftlich zu arrangieren. Davon aber dürften nicht nur die militärischen, sondern auch die wirtschaftlichen und die Wiedervereinigungsüberlegungen Beijings beeinflusst werden.

4.4.7.2

Zusammenarbeit auch mit den Inselstaaten

Auch für die Inselstaaten im Südpazifik hat Beijing in den vergangenen Jahren wachsendes Interesse gezeigt, das sich nicht zuletzt in einem intensiven diplomatischen Austausch mit fünf der neun unabhängigen Inselstaaten (Westsamoa, Nauru, Tonga, Fiji, Papua-Neuguinea, Solomon-Inseln, Tuvalu, Kiribatu und Vanuatu) offenbart.

Dieses Interesse für die pazifischen Kleinstaaten hat zwei Gründe: Da ist erstens die zunehmende Konkurrenz Taiwans, das im Begriff ist, sich mit finanziellen Zuwendungen aller Art in die dortige Staatenwelt diplomatisch "einzukaufen". Bei drei Staaten hat es mit diesen Versuchen bisher Volltreffer erzielt, nämlich bei den Solomon-Inseln, bei Tuvalu und bei Nauru - nicht zu vergessen auch bei Tonga, das seine Beziehungen zu Taiwan nie abgebrochen hatte. Zweitens möchte Beijing darauf hinwirken, daß diese Kleinstaaten sich vom Einfluß und von der Rivalität der Großmächte so weit wie möglich frei halten. Beijing betreibt hier also m.a.W. eine "denial"-Politik, die vor allem in langfristigen Perspektiven denkt, da China als rückständige Marination im Ringen um den Einfluß auf die pazifische Inselwelt noch lange nicht mithalten kann. Bis vor kurzem bereiteten die Versuche der ehemaligen Sowjetunion, die eine oder andere Insel als Basis zu gewinnen, in Beijing erhebliche Sorgen. Auch die Amerikaner bedienen sich südpazifischer Stützpunkte, u.a. Guams (US-Luftwaffenbasis), der Marshall-Inseln (Interkontinentalraketenbasis) und der Midway-Inseln (Luftwaffen- und U-Boot-Basen). Auch die "Fischerei"-Abkommen der USA und der Sowjetunion sind in Beijing mit Mißbehagen aufgenommen worden - ebenso übrigens wie Bemühungen Japans, die entlang seinen transpazifischen Transportrouten liegenden südpazifischen Inseln besser in den Griff zu bekommen.⁹³

Um seinen "Impansionismus" im pazifischen Bereich stärker zur Geltung zu bringen, hat China im Juli 1990 zum ersten Mal am Südpazifischen Forum teilgenommen,⁹⁴ das die Interessen der Teilnehmerstaaten in gewissen Zeitabständen zu koordinieren versucht.

Sicherheitsprobleme könnte es auf den pazifischen Inseln vor allem aus innenpolitischen Gründen geben, d.h. wegen Mangel an Arbeitsplätzen für eine immer besser ausgebildete Bevölkerung, wegen Identitätsverlusten, wegen Abhängigkeit von Auslandshilfen, wegen des Verfalls traditioneller Autoritätsstrukturen und wegen ethnischer Probleme: Man denke etwa an die Auseinandersetzungen zwischen Indern und der schwarzen Bevölkerung auf den Fiji-Inseln sowie zwischen Chinesen und Polynesiern auf Haiti

oder Hawaii. Der Staatsstreich in Fiji i.J. 1987, die Aktivitäten des "Free Papua Movement" und die Spannungen in Neukalidonien waren Anzeichen dafür, daß es hier nicht nur natürliche, sondern auch politische Vulkane gibt.

4.5

Dritte Welt

4.5.1

Wachsende Bedeutung aus chinesischer Sicht

Die außenpolitische Krise, wie sie im Zeichen des Boykotts der westlichen Welt nach dem Juni 1989 über China hereinbrach, hat die chinesische Führung für die Bedeutung der Dritten Welt erneut sensibilisiert. Besonders deutlich geht dies aus einer Bemerkung Deng Xiaopings während eines Aufenthalts im Urlaubsort Beidaihe im Sommer 1990 hervor: "In den vergangenen Jahren haben wir uns allzusehr auf *einen* Erdteil (d.h. den Westen) konzentriert, und den anderen (d.h. die Dritte Welt) vernachlässigt. Deshalb waren einige alte Freunde von uns enttäuscht. In der 2.Hälfte des vergangenen Jahres haben wir nun den Entschluß gefaßt, unseren (außenpolitischen) Kurs zu revidieren und noch nicht einmal ein Jahr danach stellten sich die ersten Erfolge ein [gemeint war hier wahrscheinlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Saudi-Arabien, d.A.]. Die USA und andere westliche Staaten haben gegen uns Sanktionen verhängt, doch diejenigen, die uns wirkliche Sympathie entgegenbringen und uns unterstützen, sind nach wie vor einige alte Freunde unter den Entwicklungsländern!" China müsse künftig stärker zu den Entwicklungsländern stehen: "Dieser Kurs darf 20 Jahre lang nicht verändert werden", betonte Deng.⁹⁵

Sobald sich die Beziehungen Chinas zum Westen wieder einigermaßen normalisiert haben, dürfte sich dieser Kurs nicht mehr ganz durchhalten lassen. Doch wird man zugeben müssen, daß die Dritte Welt zu Beginn der 90er Jahre in der Tat ein von Grund auf verändertes Profil zeigt: Die Sowjetunion ist zerfallen und die USA sind als einzige - wenn inzwischen auch wirtschaftlich angeschlagene - Supermacht übriggeblieben; Japan und Deutschland sind zu wirtschaftlichen Großmächten herangereift und gleichzeitig schreitet der Integrationsprozeß Westeuropas kräftig voran. Die Dritte

Welt befindet sich mitten in einer Übergangsphase: Auf der einen Seite gibt es Länder und Ländergruppen, die sich mit gewaltigen Zuwachsraten von der Masse der Entwicklungsländer abgehoben haben und im Begriffe sind, zu den Industrieländern aufzuschließen - man denke etwa an die "Vier kleinen Tiger" Asiens, aber auch an eine Reihe von ASEAN-Staaten, nicht zuletzt auch an Mexiko, dessen Pro-Kopf-Einkommen in den letzten Jahren rasch zugenommen hat. Auf der anderen Seite vergrößert sich der Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die meisten Volkswirtschaften der Dritten Welt stagnieren bei einem Pro-Kopf-Einkommen von durchschnittlich rd. 200 US\$ pro Jahr. Angesichts ihrer Verschuldung und ihrer gesellschaftlichen Labilität bestehen auch keine Aussichten, daß sie den Rückstand in überschaubarer Zeit verringern können, zumal die Hilfsleistungen der entwickelten Länder für die Dritte Welt schrumpften - in einem Jahr wie 1989 z.B. um 2%! Die Auslandsschulden der Dritten Welt beliefen sich Ende 1990 auf 1.336 Mrd.US\$ - davon entfallen 436 Mrd.US\$ auf Lateinamerika, 240 Mrd. auf Afrika und 220 Mrd. auf den Nahen Osten.

Angesichts des bescheidenen Wachstums einerseits und der Bevölkerungsexplosion andererseits kommt es in den Dritt-Welt-Ländern zu verstärkten Spannungen, sei es nun zwischen einzelnen Nationalitäten oder aber, wie in Afrika, sogar zwischen Stämmen und Sippen. Von Januar 1990 bis August 1991 ereigneten sich in nicht weniger als 20 der 46 afrikanischen Länder südlich der Sahara soziale Unruhen größeren Ausmaßes.

China befürchtet, daß sich solche Konflikte noch dadurch verstärken könnten, daß der Westen diesen Gesellschaften fremde Wertvorstellungen aufredet, sei es nun das Mehrparteiensystem, den Parlamentarismus, die Marktwirtschaft oder aber die "Menschenrechte", die zu verletzen China selbst fast jeden Tag beschuldigt wird. Kein Wunder, daß sich hier inzwischen eine chinesische Allergie entwickelt hat, die sich in zornigen Entgegnungen, in "Weißbüchern" (man denke an das Weißbuch vom 2.11.1991 mit seinen 45.000 Schriftzeichen!)⁹⁶ und z.T. auch in einer gewissen Wehleidigkeit äußert.

4.5.2

Nahost

Die Bedeutung des Nahen Ostens ist für die VR China gerade zu Beginn d.J. 1991 wieder höchst spürbar geworden. Als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats hatte sie sich zwischen Skylla und Charybdis zu entscheiden, d.h. zwischen einem Veto, das ihr Engagement für authentische regionale Eigenlösungen sowie ihre Freundschaft zu den Palästinensern bekundet, und einem Plädoyer für das militärische Eingreifen, mit dem sie sich zu einer interventionistischen Lösung bekannt hätte.

Sie verhielt sich in dieser Frage bekanntlich höchst unentschieden und verzichtete lediglich auf ein Veto gegen die Eingriffsoption der UNO, womit sie am Ende den Weg für die interventionistische Lösung freimachte.

Dieses Sowohl-Als auch ist typisch für die ganze neuere Nahostpolitik der VR China: Auf der einen Seite plädiert sie für den Frieden in dieser Region, auf der anderen Seite gehört sie mit zu den wichtigsten Waffenlieferanten sowohl an den Iran als auch an den Irak, von Lieferungen an andere Staaten wie Syrien oder Saudi-Arabien ganz zu schweigen. Auf der einen Seite kooperiert sie mit den Palästinensern, auf der anderen Seite mit Israel, und zwar bis Anfang 1992 im geheimen, seitdem aber ganz offen. Auf der einen Seite unterstützte sie lange Zeit revolutionäre Bewegungen, u.a. die PFLOAG (People's Front for the Liberation of the Occupied Arabian Gulf), auf der anderen Seite aber entwickelte sie besondere Vorliebe ausgerechnet für die konservativen Araber, u.a. auch für Oman, gegen das die PFLOAG so lange gekämpft hatte.

Zwei dauerhafte Interessen bilden den roten Faden der Nahostpolitik Chinas, nämlich einerseits die Verhinderung einer Pax Americana (wie früher schon einer Pax Sovietica) und andererseits die Sicherung wirtschaftlicher Gewinnaussichten: China betreibt mit den nächstgelegenen Ländern einen gewinnbringenden zivilen Handel, ist ferner einer der Hauptwaffenlieferanten der Region und hat Tausende von Arbeitskräften bei verschiedenen Projekten in Nahost eingesetzt.

Was die Waffengeschäfte anbelangt, so vollziehen sie sich ganz hinter den Kulissen. Nur an wenigen Stellen läßt sich

daher ein Einblick gewinnen. So scheint inzwischen festzustehen, daß die Volksrepublik beispielsweise zwischen 1984 und 1987 Waffen an die Dritte Welt in einer Gesamthöhe von 5,2 Mrd. US\$ verkauft hat - 8% davon an den Iran und den Irak.⁹⁷ Bereits zwischen 1981 und 1985 hatte China den Irak mit Waffen im Werte von 3 Mrd. US\$ und zur gleichen Zeit den Kriegsgegner Iran mit konventionellen Waffen sowie mit Raketen versorgt.⁹⁸ Auch als Raketenlieferant ist China in Nahost hervorgetreten und hat beispielsweise M-9-Raketen an Syrien, CSS-2-Mittelstreckenraketen nach Saudi-Arabien und Kurzstreckenraketen vom Typ "Seidenraupe" an den Iran geliefert.⁹⁹

China hofft sowohl von einer Friedens- als auch von einer Kriegsentwicklung in Nahost zu profitieren. Dies ist eine Politik, die sich mit den hehren Friedenszielen, wie sie von Beijing für Nahost immer wieder proklamiert werden,¹⁰⁰ nur schlecht vereinbaren läßt. In einer Erklärung vom 14. März 1991 hat Beijing einen Fünf-Punkte-Friedensplan vorgeschlagen, der die Konflikte in der Region entschärfen soll: (1) Verzicht auf Gewalt, (2) Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO, an der auch China als Ständiges Mitglied des UNSR teilnimmt, (3) Dialog zwischen PLO und Israel, (4) Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten nach der Formel "Frieden gegen Land", (5) gegenseitige Anerkennung Palästinas und Israels.¹⁰¹ Darüber hinaus sollen Grenzverhandlungen zwischen Kuwait und dem Irak stattfinden, eine ABC-Waffen-freie Zone in Nahost entstehen und der Boykott gegen den Irak zumindest soweit aufgehoben werden, als Güter des täglichen Bedarfs zu liefern sind. Den Hauptpart bei der Friedenserhaltung solle die UNO spielen. Hierbei sollte erwähnt werden, daß sich China gegen die Entsendung von UNO-Truppen lange Zeit aus prinzipiellen Erwägungen gewandt hatte.

Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg betonte China mehrmals sein freundschaftliches Verhältnis zum Iran und zu Kuwait, während es gleichzeitig gegen den Überfall des Irak auf Kuwait protestierte.¹⁰² Allerdings blieben die Proteste leise, wie sich China ja überhaupt während des ganzen Vorgangs auffallend im Hintergrund hielt. Über-

dies mußte die Führung damals mit Betroffenheit feststellen, daß in der Bevölkerung während des Kriegs eine außerordentlich proamerikanische Stimmung herrschte.

Noch am Vorabend des Golfkriegs war es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und Saudi-Arabien gekommen, jenem ölfreudigen Land also, von dem sich die Volksrepublik nicht nur weiche Kredite und Waffenkäufe erhoffen konnte, sondern das bis dahin als einziger Partner Taiwans in Nahost verblieben war.¹⁰³

Auch mit Israel ist China, wie bereits erwähnt, mittlerweile ins reine gekommen. China befürwortet - ganz im Gegensatz zu seinem Kurs in maoistischer Zeit - inzwischen eine friedliche politische Lösung: Nach einem 40jährigen Kriegszustand und nach fünf Kriegen in Nahost saßen sich die arabischen Länder und Israel seit dem 30. Oktober 1991 nun endlich am Verhandlungstisch gegenüber. Die früheren Versuche, Konflikte mit der Brechstange zu lösen, hätten keinen Erfolg gehabt. Sie seien Verlegenheitsmaßnahmen der alten Weltordnung, mit denen in der neuen multipolaren Welt nichts mehr geregelt werden könne.

4.5.3

Afrika

Wie nützlich Beziehungen zu Afrika manchmal sein können, zeigte sich vor allem im Anschluß an das Tiananmen-Massaker. China versuchte damals durch Einladung möglichst vieler afrikanischer Politiker sein verlorenes Ansehen in der westlichen Welt zu kompensieren und konnte dort in der Tat fast überall "Verständnis"-Erklärungen entgegennehmen.¹⁰⁴

Jede noch so zweitklassige Delegation war damals umworben worden.¹⁰⁵

Im übrigen bestehen zu den Ländern Afrikas zwar intensive diplomatische Kontakte (seit Tiananmen führen afrikanische Minister und Staatsoberhäupter sogar bei weitem die Besucherliste in Beijing an!), doch erschöpfen sich die meisten dieser Visiten in Leerformeln.

Das gleiche kann auch von den Gebenbesuchen gesagt werden, u.a. von der Vier-Länder-Tour des chinesi-

schen Außenministers Qian Qichen im Januar 1991, die durch Äthiopien, Uganda, Kenia und Tansania führte und die offensichtlich auch dem Zweck diente, afrikanische Länder davon abzuhalten, aus finanziellen Überlegungen mit Taiwan in diplomatische Beziehungen einzutreten.¹⁰⁶

Hier knüpfte Qian übrigens an die inzwischen schon zur Tradition gewordene chinesische Politik der gebündelten Afrikareisen an, die durch Zhou Enlai Anfang der 60er Jahre begründet und die später von Ministerpräsident Zhao Ziyang fortgesetzt wurde. Zu Beginn der 70er Jahre, als China in einen direkten Wettbewerb gegen die Sowjetunion um die Gunst afrikanischer Staaten eintrat, zahlten sich Besuche solcher Art für die Gastländer auch materiell aus - man denke u.a. an die Finanzierung der Tansam-Bahn. In der Zwischenzeit jedoch stehen Worte und Bekundungen in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu materiellen Hilfeleistungen.

4.5.4

Lateinamerika

Lateinamerika geriet durch die Tiananmen-Ereignisse von 1989 noch stärker in den Hintergrund als es bis dahin bereits der Fall gewesen war. Eigentlich hatte Staatspräsident Yang Shangkun bereits im Mai 1989 eine Vier-Länder-Visite nach Mexiko, Brasilien, Uruguay und Argentinien antreten wollen, also wieder eine jener flächendeckenden Reisen, wie sie zur Spezialität chinesischer Spitzenpolitiker gehören. Bereits 1985 hatte Zhao Ziyang ja einen ähnlichen Ausflug unternommen, und zwar nach Kolumbien, Brasilien, Argentinien und Venezuela.¹⁰⁷

Wegen der Studentendemonstrationen mußte der Besuch Yangs jedoch unterbleiben und fand erst ein Jahr später, nämlich im Mai 1990, statt.¹⁰⁸ Lediglich aus zwei Gründen ist Lateinamerika für Beijing von Bedeutung, nämlich weil sich dort nach wie vor die diplomatische Hochburg Taiwans befindet und weil außerdem der Wirtschaftsaustausch interessante Dimensionen angenommen hat. Während allerdings Beijings Außenhandel mit den meisten Ländern der Dritten Welt Überschüsse bringt, ist er gegenüber Ländern Lateinamerikas seit Jahren defizitär - also ein "Verlustgeschäft". Dieses Defizit gilt es langfristig abzubauen.

Andere Interessen an Lateinamerika gehören längst der Vergangenheit an, vor allem die Unterstützung revolutionärer Bewegungen. Selbst zum "Leuchtenden Pfad" Perus, der sich selbst als "maoistisch" bezeichnet, bestehen keine Beziehungen.

Lediglich an die Sandinistas in Nicaragua wurden eine Zeitlang in aller Heimlichkeit Waffen geliefert. Diese brachten dafür im Gegenzug "Verständnis" für das Massaker auf.¹⁰⁹

Als es freilich im April 1990 zum Sturz der Sandinistas kam, erhob die VRCh keinerlei Proteste. Wahrscheinlich war ihr die auch von den Nachbarstaaten Nicaraguas begrüßte demokratische Lösung in dem mittelamerikanischen Staat sogar höchst willkommen, zumal Beijing die Augen der mittelamerikanischen und südamerikanischen Umgebung offensichtlich ständig fragend auf sich gerichtet sah, besonders im Falle Nicaraguas.¹¹⁰

5 Schlußfolgerungen für eine künftige Chinapolitik

Die Führung der VR China, die nach dem Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 in eine für sie selbst offensichtlich höchst überraschende innen- und außenpolitische Isolation hineingeraten war, hat ihr Legitimitätsdefizit in der Zwischenzeit vor allem auf zwei Gebieten wieder wettzumachen versucht, nämlich im Bereich der Wirtschafts-, nicht zuletzt aber auch auf dem Gebiet der Außenpolitik. Was die Wirtschaft anbelangt, so sind ihre Bemühungen trotz beachtlicher Erfolge - man denke an den hohen Zuwachs in der Industrieproduktion sowie an die im Vergleich zu den ehemaligen Ostblockländern durchaus befriedigende Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern - auf halbem Wege stehengeblieben: gibt es doch allenthalben Klagen über mangelnde Effizienz und Verschuldung der staatlichen Betriebe, über eine erneut drohende Inflationsgefahr, über die notorische Subventionitis, über wachsende individuelle Einkommens-, vor allem aber über von Jahr zu Jahr deutlicher hervortretende Regionalgefälle.

Läßt auch ein Wirtschaftswunder einstweilen noch auf sich warten, so ist in der Zwischenzeit doch zumindest ein "außenpolitisches Wunder" eingetreten; denn was die VR China in den

drei Jahren seit der Tiananmen-Katastrophe an konstruktiven Beiträgen vor allem in seiner Asienpolitik geleistet hat, klingt vor dem Hintergrund von vier Jahrzehnten Beijinger Außenverhaltens beinahe unglaublich: So hat sich die VR China zwischenzeitlich mit alten Feinden wie Indien, Vietnam und Indonesien ausgesöhnt, hat mit Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen, hat bei den Wiedervereinigungsgesprächen in Korea die Drähte gezogen, hat sich dem bisher so sehr verfeimten Apartheidstaat Südafrika angenähert, hat sich während der Golfkrise geschickt über alle Stolperstricke hinweg bewegt, hat dazu beigetragen, den Brandherd Kambodscha einzugrenzen, hat den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen unterzeichnet, hat der israelischen Regierung das Versprechen gegeben, die bisher so wahllosen Waffenlieferungen in den Nahen Osten zu zügeln und versucht auch sonst, aller Welt die Versöhnungshand entgegenzustrecken - zuletzt sogar einigen Ländern, die ihr seit 1989 besonders kalt die Schulter gezeigt haben, u.a. der Bundesrepublik Deutschland und den USA.

Die Motive für diese so konstruktiv wirkenden Ansätze sind sowohl kurz- als auch langfristiger Art: Einerseits kommt die Außenpolitik Chinas auch i.J. 1992 noch im Büßerhemd daher; besonders deutlich wird dies, wenn der Ministerpräsident in Europa oder in den USA vorspricht: In Europa war dies im Januar und März 1992 der Fall, in den USA pflegen sich die Außenminister am Rande der UNO zu treffen.

Mittelfristig will die chinesische Regierung nach außen hin wieder Gesicht gewinnen und gleichzeitig aus der als pünktlich empfundenen Isolierung ausbrechen, innenpolitisch aber gegenüber der Bevölkerung wieder mehr Glaubhaftigkeit mit Hilfe außenpolitischer Leistungsbeweise erbringen. Langfristig schließlich ist China im Begriff, wieder an seine vorrevolutionären Traditionen anzuknüpfen, die sich vor allem in Form ständiger Stabilitätsbemühungen zu Wort melden. Das maoistische China, das fast drei Jahrzehnte lang als großer Veränderer, als Vorbild für Revolutionen und als Brandstifter in der Dritten Welt aufzutreten versuchte, gehört einer psychologisch schon unendlich weit zurückliegenden Vergangenheit an. Die konfuzianische Grundhaltung, die sich wie

ein roter Faden durch den chinesischen Volkscharakter und auch durch die in Jahrhunderten etablierte Politik zieht, heißt Konservativismus. Die maoistische Ausnahme hat diese Regel, wie sich nun nachträglich zeigt, eher bestätigt als beseitigt. Auch wenn viele der Konflikte, die China in den letzten Monaten aus der Welt zu schaffen versuchte, wie z.B. das Verhältnis zu Indien oder gar zu Vietnam, nur manifest, nicht dagegen latent hat lösen können, so muß man doch anerkennen, daß China sich entschlossen auf Stabilitätskurs begeben hat und nach besten Kräften versucht, Widersprüche, die zwischen Staaten mit verschiedenen Interessen nun einmal unvermeidbar und daher natürlich sind, soweit wie möglich einzugrenzen. Der immer wiederkehrende Satz, daß Feindschaften soweit wie möglich minimiert und dafür um so stärker die Gemeinsamkeiten hervorgehoben werden müßten, ist nicht nur ein momentanes Lippenbekenntnis, sondern entspricht der in der Zwischenzeit wieder zur Selbstverständlichkeit gewordenen konservativen Grundhaltung der Beijinger Führung.

So gesehen bietet sich das Land langfristig für eine Sicherheitspartnerschaft in Asien an. Ein zweiter Grund für die gebotene Wiedererneuerung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist die Einsicht, daß China nie ein Sozialfall werden darf; man stelle sich nur vor, daß 2 oder 3% der chinesischen Bevölkerung als Asylanten an die europäische Tür klopfen - dies wäre eine Zahl von rd. 40 Millionen Hilfesuchenden!

Nicht zuletzt aber ist China für die EG und vor allem für die Bundesrepublik auch aus wirtschaftlichen Gründen ein von Jahr zu Jahr interessanter werdender Partner. Längerfristig darf man mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß - wenn erst einmal die Bürgerkriegsgeneräle nicht mehr mitentscheiden können - im Reich der Mitte, vor allem aber in den südostchinesischen Küstenprovinzen jene "kapitalistischen" Methoden Einzug halten, wie sie in Hongkong, Taiwan, Singapur, Südkorea oder Japan schon längst Heimatrecht besitzen. Spränge die chinesische Führung auf diese Weise über ihren eigenen Schatten, so würde sich auch das Auslandschinesentum, das heute schon in ganz Südostasien tonangebend ist, schnell

wieder zu seinem "Heimatland" beknennen und mit ihm, wie viele nichtchinesische Asiaten befürchten, "konspirativ" zusammenarbeiten. Welche wirtschaftlichen Perspektiven könnten sich hier eröffnen! Die deutsche Öffentlichkeit und die deutsche Wirtschaft sind von den Ereignissen in Osteuropa, vor allem aber in der ehemaligen DDR, einstweilen noch so stark in Anspruch genommen, daß sie momentan nicht in der Lage sind, Konsequenzen aus diesen neuen Aussichten zu ziehen und sich entsprechend dem asiatisch-pazifischen - oder gar dem chinesischen - Raum zuzuwenden. Spätestens Mitte der 90er Jahre wird sich dieses Versäumnis dann aber um so schmerzhafter bemerkbar machen. Es gibt wenige deutsche Unternehmen - an erster Stelle sei hier der VW-Konzern rühmend hervorgehoben -, die den chinesischen Markt unter den gebotenen - d.h. wirklich langfristigen - Perspektiven bearbeiten. Was einstweilen noch wenig zur Kenntnis genommen wird, ist auch die Tatsache, daß sich gerade China als Ansatzpunkt für jene "trilaterale" Präsenz (d.h. sowohl in Europa als auch in Amerika und in Asien) anbietet, wie sie eine Firma heute benötigt, wenn sie wirklich zum Weltunternehmen werden und - als solche - überleben will.

Viertens muß sich jede Regierung darüber im klaren sein, daß ein Land wie China, das die größte Bevölkerung der Welt beherbergt, das ferner demnächst in die von beiden Supermächten geräumten Positionen in Asien einrückt und das nicht zuletzt heute schon ein Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats ist, auf die Dauer nicht einfach ignoriert werden kann.

Wäre da noch die Frage der Menschenrechtsverletzungen. Keine demokratische Regierung sollte sich auf das chinesische Argument einlassen, daß Menschenrechtsverletzungen eine ausschließlich innere Angelegenheit jedes einzelnen Staates seien, in die einzumischen kein anderer das Recht habe. Keine demokratisch gewählte westliche Regierung darf die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es in China z.Zt. rd. 1.200 bis 1.700 politische Gefangene gibt. Die Alternative darf aber nicht lauten: Einstellung der Menschenrechtsverletzungen oder keine Beziehungen zu China; vielmehr muß das eine eingefordert werden, ohne daß das andere unterlassen wird, d.h.,

es sind normale Beziehungen aufzunehmen, und es gilt gleichzeitig auch, Menschenrechtsverletzungen überall dort anzuprangern, wo sie geschehen. Wie das außenpolitische Verhalten Beijings seit dem "4.Juni" gezeigt hat, ist die Führung der VR China durchaus lernfähig!

Anmerkungen

- 1) Näheres dazu C.a., August 1989, Ü 1.
- 2) Oskar Weggel, "Die Außenpolitik der VR China", Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1977, S.17 ff. (Ziele) und S.45 ff. (Strategien); ferner ders., "Weltgeltung der VR China. Zwischen Verweigerung und Impansionismus", München 1986, S.69 ff. (Ziele) und S.105 ff. (Strategien).
- 3) Weggel, "Weltgeltung", ebenda, S.118 ff.
- 4) Einzelheiten dazu in Weggel, "Weltgeltung", a.a.O., S.70-104.
- 5) C.a., Oktober 1991, Ü 15 und November 1991, Ü 1.
- 6) Zhengming, 1.6.91.
- 7) Dazu C.a., August 1991, S.511-515.
- 8) Ebenda.
- 9) C.a., August 1991, S.511 ff.
- 10) C.a., Dezember 1991, Ü 1.
- 11) Einzelheiten dazu C.a., Oktober 1991, Ü 5.
- 12) Näheres dazu C.a., Juli 1991, Ü 4; C.a., Oktober 1991, Ü 4.
- 13) BRu 1992, Nr.1, S.10 ff.
- 14) Dazu Weggel, "Die Geschichte Taiwans", Köln, Weimar, Wien 1991, S.258 ff.
- 15) Die Einzelheiten dazu hat der Autor beschrieben in: C.a., Mai 1987, S.379 ff. und Juni 1987, S.481 ff.
- 16) RMRB, Haiwaiban, 2.10.91.
- 17) C.a., Februar 1990, Ü 4.
- 18) Dazu XNA, 18.7.90; C.a., August 1990, Ü 8.
- 19) Dazu im einzelnen Du Gong, "Dui zhuanhuan zhong shijie gejude jidian kanfa", "Einige Ansichten über Weltmuster im Wandel" in: Guoji wenti yanjiu 1991, Heft 4, S.1-6.
- 20) Zu diesem Thema vgl. C.a., Juli 1991, S.443 ff.
- 21) Dazu u.a. C.a., August 1990, Ü 5.
- 22) Im einzelnen dazu Du Gong, a.a.O., S.2, 5 ff.
- 23) So die Meinung von Generalmajor Wang Pufeng, dem Stellvertretenden Leiter der Abteilung für strategische Studien bei der Chinesischen Militärakademie, BRu 1991, Nr.47, S.7 ff.
- 24) SCMP, 3.8.91.
- 25) Gu Dong, a.a.O., S.5.
- 26) Gu Dong, ebenda, S.4.
- 27) Ebenda, S.6.
- 28) Ebenda, S.5 und 6.
- 29) Näheres dazu SOAa, November 1991, S.569 ff.
- 30) RMRB, 4.10.91.
- 31) XNA, 5.10.91.
- 32) Dazu C.a., Oktober 1991, Ü 5.
- 33) Im einzelnen dazu C.a., Oktober 1991, Ü 7.
- 34) Dazu C.a., Juli 1990, S.528 f.
- 35) C.a., Oktober 1991, Ü 8.
- 36) Dazu C.a., Oktober 1991, Ü 9.
- 37) C.a., Oktober 1991, Ü 10.
- 38) Zu Südafrika C.a., Juli 1991, Ü 5.
- 39) Dazu Näheres C.a., Juli 1991, Ü 7.
- 40) Näheres C.a., September 1991, Ü 3.
- 41) Dazu C.a., April 1990, Ü 5.
- 42) Kampf gegen den internationalen Terrorismus: XNA, 17.10.91.
- 43) Zum Medaillenspiegel s. C.a., Oktober 1990, S.765.
- 44) XNA, 25., 26. und 27.9.91; 25. und 27.4.91.
- 45) XNA, 6.11.91.
- 46) Vgl. u.a. C.a., November 1991, Ü 5.
- 47) C.a., Oktober 1989, Ü 2.
- 48) Dazu C.a., September 1989, Ü 9.
- 49) Dazu C.a., Februar 1991, Ü 7.
- 50) Ausführlich dazu C.a., November 1991, S.703 ff.
- 51) So Der Spiegel, 6/1992, S.100-103, 101.
- 52) Es war zu sino-sowjetischen Gipfelkonferenzen gekommen: Im Mai 1989 hatte Gorbatschow die VR China und im April 1990 Ministerpräsident Li Peng die UdSSR besucht. Näheres dazu C.a., April 1990, S.280 ff.
- 53) Vgl. zu diesem Themenkomplex im übrigen den Beitrag des Autors "Die Sowjetunion ist tot, es lebe die GUS - Beijings geschäftsmäßige Politik gegenüber den neuen Realitäten" in: C.a., Januar 1992, S.22-27.
- 54) Dazu C.a., Januar 1990, Ü 1.
- 55) C.a., Januar 1990, Ü 1 und Ü 2.
- 56) XNA, 24.10.89.
- 57) Näheres dazu Zhengming, April 1990, S.8; C.a., April 1990, Ü 8.
- 58) Zit. in C.a., Dezember 1989, Ü 1. Zu den Reaktionen Chinas auf die Umwälzungen in der ehemalige DDR im Herbst 1989 vgl. ferner C.a., November 1989, S.863-869.
- 59) C.a., Dezember 1989, Ü 2.
- 60) Dazu C.a., Oktober 1991, Ü 16.
- 61) Vgl. im übrigen C.a., Januar 1992, S.22 ff.
- 62) RMRB, 26.9.63.
- 63) Näheres dazu C.a., Juni 1987, s.468 ff.
- 64) Näheres dazu C.a., Juli 1991, Ü 3.
- 65) C.a., Januar 1991, Ü 3.
- 66) XNA, 5.12.91.
- 67) Näheres dazu C.a., Januar 1991, Ü 2.
- 68) XNA, 25.1.91; C.a., Januar 1991, Ü 2.
- 69) XNA nach SWB, 28.2.91; C.a., Februar 1991, Ü 2.
- 70) Zum Defilee: C.a., Juni 1991, Ü 3.
- 71) RMRB, 22.2.91.
- 72) XNA, 3.10.90.
- 73) Dazu u.a. C.a., August 1990, Ü 5.
- 74) XNA, 30.7.90; C.a., August 1990, Ü 5.
- 75) z.B. XNA, 2. und 16.3.90; C.a., März 1990, Ü 5.
- 76) Dazu SOAa, Juli 1984, S.355 ff.
- 77) Zu ANZUS vgl. SOAa, Januar 1985, S.66-68.
- 78) C.a., Mai 1990, Ü 4.
- 79) Näheres dazu C.a., März 1991, Ü 3.
- 80) BRu 1991, Nr.47, S.8 f.
- 81) Zum Applaus Chinas für den gesonderten Beitritt der beiden koreanischen Staaten zur UNO vgl. C.a., August 1991, Ü 5.
- 82) C.a., März 1991, Ü 2.
- 83) Ausführlich dazu C.a., Juli 1990, S.528 f.
- 84) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Singapur am 3.Oktober 1990, C.a., Oktober 1990, Ü 3.
- 85) C.a., Dezember 1990, Ü 4.
- 86) Yang auf Staatsbesuch in Thailand und Indonesien, C.a., Oktober 1991, Ü 10.
- 87) Zur chinesisch-vietnamesischen Normalisierung vgl. C.a., September 1991, Ü 1 und Dezember 1991, S.577-580.
- 88) C.a., November 1989, Ü 3.
- 89) Dazu C.a., Dezember 1991, Ü 3; C.a., Oktober 1991, Ü 6.
- 90) Einzelheiten zu diesem Fragenbereich in C.a., Dezember 1991, S.769-775; zum chinesisch-indischen Verhältnis vgl. ferner C.a., Februar 1991, Ü 5.
- 91) C.a., November 1991, Ü 6.
- 92) So Außenminister Qian Qichen, wiedergegeben in C.a., Februar 1990, Ü 1.

- 93) Dazu C.a., März 1991, Ü 4.
 94) XNA nach SWB, 30.7.90.
 95) Zhengming, August 1990, S.15; C.a., Juli 1990, Ü 7.
 96) Näheres dazu C.a., November 1991, Ü 8.
 97) Newsweek, 4.7.88.
 98) Dazu auch C.a., Januar 1991, S.30.
 99) Weitere Einzelheiten in C.a., Juli 1991, S.438 f.
 100) Dazu ebenda, S.436.
 101) Näheres C.a., März 1991, Ü 5.
 102) Im einzelnen dazu C.a., Juli 1990, Ü 3 und Ü 4.
 103) Im einzelnen C.a., Juli 1990, Ü 2.
 104) C.a., Juli 1989, Ü 1.
 105) Dazu C.a., September 1989, Ü 10.
 106) Dazu C.a., Januar 1991, Ü 6.
 107) Näheres dazu C.a., November 1985, S.757-763.
 108) Dazu C.a., Mai 1990, Ü 1.
 109) RMRB, 16.7.89.
 110) C.a., April 1990, Ü 3.

Zeichenanhang:

- a) 区域集团化
 b) 多极化
 c) 多极化
 d) 国际新秩序
 e) 美国独霸
 f) 唯一的超级大国
 g) 美国独霸下的多极格局
 h) 生产全球化
 i) 资本国际化
 j) 日本筹组的无形的东亚经济圈
 k) 力量对比

Yu-Hsi Nieh

Taiwan: Rückblick auf die Wirtschaft 1991

1 Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Im vergangenen Jahr der Ziege (per 3. Februar 1992) befand sich die taiwanische Wirtschaft in einer guten Verfassung; nach einer drei Jahre währenden Talfahrt gewann sie wieder deutlich an Aufschwung. Die reale Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) als Indikator der allgemeinen Wirtschaftsleistung, die zwischen 1986 und 1990 kontinuierlich von 12,6% bis auf 5% gefallen war, betrug 1991 den jüngsten offiziellen statistischen Angaben des DGBAS (Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics, Amt für Etat, Rechnung und Statistiken) zufolge 7,3%, was nicht nur das Ergebnis von 1990, sondern auch die ursprüngliche offizielle Prognose von 6,1% übertraf. In absoluten Zahlen erreichte das BSP 1991 nominell eine Höhe von über 4.800 Mrd. NT\$ (umgerechnet 180,3 Mrd. US\$) und das Pro-Kopf-BSP 8.815 US\$, nach 4.327 Mrd. NT\$ (160,9 Mrd. US\$) bzw. 7.593 US\$ im Vorjahr. Weltweit nimmt Taiwan damit beim BSP die 20. und beim Pro-Kopf-BSP die 25. Stelle ein. Für 1992 (das Jahr des Affen) prognostizierte das DGBAS einen BSP-Zuwachs von 6,76%. Mit einem erwarteten Pro-Kopf-BSP von 10.339 US\$ soll Taiwan in diesem Jahr zu einem entwickelten Industrieland werden - nach den Maßstäben von GATT liegt die Schwelle bei 10.000 US\$.¹

Unter den einzelnen Wirtschaftssektoren hatte die Landwirtschaft der offiziellen Schätzung des DGBAS zufolge 1991 gegenüber dem Vorjahr wertmäßig einen realen Zuwachs von 0,67% (1990: 1,05%), die Industrie 6,41% (1,32%) und die Dienstleistungsbranche 8,56% (8,38%) zu verzeichnen.² Während die Anteile der Landwirtschaft und der Industrie am BSP von

4,13% (1990) auf 3,63% bzw. von 42,53% auf 42,26% fielen, erhöhte sich wiederum der Anteil der Dienstleistungsbranche am BSP, und zwar von 53,34% auf 54,11%. Hier zeigt sich ein Erfolg der Fortsetzung der Wirtschaftsumstrukturierung. Vor fünf Jahren, 1986, hatten die BSP-Anteile der Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen jeweils noch bei 5,54% bzw. 47,64% und 46,82% gelegen.³

Auf der Verwendungsseite des BSP ist der Inlandsverbrauch 1991 nach der Schätzung des DGBAS nominell um 11,29% gestiegen, d.h. langsamer als im Vorjahr mit 13,24%. Die Jahreszuwachsrate beim Privatverbrauch sank gegenüber dem Vorjahr von 11,2% (real 7,2%) auf 10,6% (6,5%) und die beim Staatsverbrauch von 20,2% (13%) auf 13,6% (7,5%). Die gesamten Bruttoinvestitionen legten nominell um 11,7% (real um 9,5%) zu, also schneller als im Vorjahr mit 10,8% (7,7%). Während sich die Steigerung der privaten Investitionen mit +5,8% verglichen mit -5,3% vom Vorjahr beschleunigte, fielen die Zuwachsraten bei den Investitionen der Regierung und der öffentlichen Unternehmen von 31,2% auf 26,4% bzw. von 40% auf 10%. Der Anteil der gesamten Bruttoinvestitionen am BSP erhöhte sich auch nur geringfügig um 0,04% auf 21,94%. Als Hauptmotor der Wirtschaftsbelegung 1991 diente eher der Export, der gemäß dem Wert in US-Dollar einen Jahreszuwachs von 13,3% auswies, nach 1,4% im Vorjahr. Gleichzeitig nahm der Importwert um 14,9% zu, nach 4,7% im Vorjahr.⁴

2 Außenhandel

Im vergangenen Jahr hat Taiwan zollamtlichen Statistiken zufolge Güter im Wert von 76,2 Mrd. US\$ aus- und